

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl.
mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl.
vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig
3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Herrn-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die einseitige
Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Pf. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz-
vorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postgeschäftsstellen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 159

Bromberg, Sonnabend den 15. Juli 1933

57. Jahrg.

Horthy und Gömbös

gegen Otto von Habsburg.

Warum die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten nach Rom unterblieben ist.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Von verschiedenen Stellen Europas, zumal von Warschau aus gesehen, erschien in jüngster Zeit die Wege der ungarischen Außenpolitik geheimnisvoll verschlungen. Nachdem eine lange Zeit hindurch die ungarisch-italienische Freundschaft und Zusammenarbeit als ein Grundsatz gegolten hatte, aus dem nur logische Schlüsse zu ziehen waren, — die Wellen dieser Zusammenarbeit schlugen bis nach Warschau — hat sich in letzterer Zeit plötzlich eine sehr bemerkenswerte Abwendung zwischen Budapest und Rom eingestellt. Auf der anderen Seite zog die Spannung zwischen Berlin und Wien scharfe Wirbel im mittteleuropäischen Staatenkreis und verursachte unübersichtliche Bewegungen, die es unmöglich machen, die Orientierungspunkte der ungarischen Außenpolitik genau zu bestimmen. Erst recht sprach man von einem Geheimnis, das diese Politik umgebe, als Gömbös seine Reise nach Berlin unternahm. Um den Zweck dieser Reise legte sich ein ganzer Legendenkranz, zu dem auch die politische Presse einiges beizutragen wußte. Damit scheint es aber schon vorbei zu sein; denn inzwischen sind einige Schleier und Hüllen gefallen, und die Welt hat unmittelbar aus Budapest erfahren, welche Motive die ungarische Außenpolitik beherrschen, was auf die Beziehungen zwischen Budapest und Rom (nebst London) auf der einen und auf diejenigen zwischen Budapest und Berlin auf der anderen Seite genügendes Licht wirft. Für Ungarn ist die Habsburger-Frage noch immer eine Schicksalsfrage. Interessante Einzelheiten darüber enthält eine Budapester Korrespondenz des "Kurier Warszawski". Darin heißt es u. a.:

"Es hat sich gezeigt, daß zwischen den Besuchen, die Dollfuß machte, und dem Berliner Besuch von Gömbös ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Nach den beiden Romreisen des österreichischen Kanzlers hörte man, daß der ungarische Ministerpräsident im Begriff stände, Mussolini zu besuchen; doch endete diese Vermutung damit, daß Gömbös eine Reise nach der Hauptstadt Deutschlands unternommen hat, um dort nach einer Stütze gegen die italienischen Pläne zu suchen. Heute ist es kein Geheimnis mehr, daß Mussolini nach der Paraphierung des Bierer-paktes in London, Paris und Berlin vorsichtig das Projekt einer Lösung der Donaustaaaten-Frage im Wege der österreichisch-ungarischen Föderation, womöglich mit Habsburgs Hilfe, zur Sprache bringen ließ und daß, bevor man noch in den diplomatischen Kämpfen genug Zeit zur Prüfung dieses Planes hatte, eine Indiskretion begangen, d. h. der Plan denjenigen verraten wurde, von denen man im voraus wußte, daß sie ihm den größten Widerstand entgegensetzen würden, nämlich: die Kleinen Entente und... Gömbös. Von wem die Indiskretion begangen wurde, ist unbekannt, aber dies hat nur eine zweitrangige Bedeutung. Tatsache ist, daß die ungarische Diplomatie von den italienischen Plänen bezüglich der österreichisch-ungarischen Union und der Wiedereinigung der Habsburger in dem Augenblick Kenntnis erhielt, als sie (diese Pläne) besonders in England eine reale, sowohl für das von Gömbös repräsentierte System als auch für die persönliche Stellung des Regenten Horthy gefährliche Gestalt anzunehmen begannen."

Wer das Gewicht kennt, welches Ungarn, von Italien abgesehen, der Stellungnahme des Foreign Office in den ungarischen Fragen beilegt, wird sich nicht wundern, daß die Mitteilungen des diplomatischen Vertreters in London auf den ungarischen Ministerpräsidenten und Regenten einen alarmierenden Eindruck gemacht haben. Aus diesen Berichten ging hervor, daß England mit dem von Italien angelegten Modus der Lösgung der Donauländerfrage einverstanden sei. Einmal berührte der italienische Plan nicht unmittelbar die englischen Interessen, was England die Einnahme eines objektiven Standpunktes erleichtert. Sodann stand der Foreign Office seit langem — sofern es sich um die Habsburger handelt — unter dem Einfluß der Katholischen Kreise. Ferner unterstützt die englische Diplomatie grundätzlich die monarchische Idee, da sie in ihr das Gegengewicht gegen umstürzlerische Lösungen, sowohl kommunistischer als faschistischer Natur sieht. Endlich erfreut sich Otto von Habsburg am englischen Hofe einer besonderen Sympathie.

So hatten also Horthy und Gömbös gegen sich Italien und England, während Frankreich, dem die Verständigung mit Italien (mit Rücksicht auf Deutschland) wichtiger war als eine einseitige Festlegung in der Habsburger-Frage, vom Gesichtspunkte des Regenten und des Ministerpräsidenten aus einen unklaren Faktor darstellte. Als entschiedener und rücksichtloser Gegner der Habsburger, mit Rücksicht auf den Anschluß, blieb Hitler. Von ihm hauptsächlich und von der Kleinen Entente, bei der Gömbös keine Schritte machen konnte und übrigens auch nicht zu unternehmen brauchte, hing, wenn nicht die Unterbindung, so doch wenigstens die Erschwerung der Verwirklichung der Habsburger Pläne Mussolinis ab. Das ist der

Hintergrund des plötzlichen und geheimnisvollen Besuches von Gömbös in Berlin.

Nachdem Horthy und Gömbös sich gegen die Habsburger außenpolitisch sichergestellt hatten, mußten sie sich der Habsburger-Frage auf dem inneren Terrain entschieden entgegenstellen und vor allem die These bekämpfen, daß Ungarn etwas Provisorisches wäre. Zu diesem Zwecke beschleunigte Gömbös die Frage der Erweiterung der Regentengewalt und setzte in der Verfassungskommission den Beschuß eines entsprechenden Gesetzesprojektes durch. Nach dem ersten Paragraphen dieses Gesetzes geht das Recht des Königs, das Parlament zu vertagen, zu schließen und aufzulösen, vollständig auf den Regenten über. Bisher konnte der Regent die Kammer höchstens für die Dauer von 30 Tagen vertagen. Gegenwärtig ermöglicht das neue Gesetz die Unterbrechung der parlamentarischen Arbeiten je nach den Notwendigkeiten des Augenblicks und dem Befinden der Regierung, was dem Regenten ein gewaltiges Übergewicht über den gesetzgebenden Faktor gibt. Der Zweck des Gesetzes war — wie sich der Ministerpräsident auf der Konferenz der Einheitspartei vom 4. d. M. äußerte — die Dokumentierung der Tatsache, daß die Regentenverfassung kein Provisorium sei... Die Gerüchte und Behauptungen

— führte Gömbös aus — daß Ungarn nur durch eine Personalunion mit Österreich unter der Regierung eines Habsburgers erlost werden könne, sind abenteuerliche Einfälle... Ungarn braucht eine Zusammenarbeit mit Österreich; doch der Schwerpunkt dieser Zusammenarbeit liegt keineswegs in der Person des gemeinsamen Herrschers. Die schon ohnedies verworrenen europäischen Fragen dürfen — nach der Ansicht des Ministerpräsidenten — nicht durch dynastische Fragen noch mehr verwirkt werden. In die österreichisch-ungarischen Beziehungen darf man schädliche Momente, wie die Pläne einer Habsburger-Restauration, nicht einführen. Ungarn wird sich jedenfalls nicht in eine abenteuerliche Politik, welche die staatliche Existenz untergraben kann, hineinziehen lassen.

"Klarer — so schließt der Korrespondent des Warschauer Blattes seine Darstellung — kann man die Absage an die Personalunion kaum formulieren, eine Absage, die in gleichem Maße an die Adresse der einheimischen Legitimisten, wie des italienischen Vormundes gerichtet ist. Das Unterbleiben der römischen Reise nach dem Berliner Besuch war unter diesen Bedingungen nur allzu begreiflich."

Das Verfassungswerk der Deutschen Evangelischen Kirche

Die einzelnen Bestimmungen des Einigungswerkes der Deutschen Evangelischen Kirche sind zwar noch nicht bekanntgegeben, wohl aber kann der Evangelische Presse-dienst über die Grundzüge der Verfassung der neuen Evangelischen Kirche bereits folgendes mitteilen:

Die neue Deutsche Evangelische Kirche ist keine Staatskirche. Alle Befürchtungen, daß der Staat eine Oberhoheit über die Kirche und ihr Bekenntnis ausrichten könnte, sind durch den Gang der Ereignisse und den klaren Wortlaut des neuen Verfassungswerkes widerlegt. Die Eigenständigkeit der reformatorischen Bekenntnisse ist vielmehr verfassungsmäßig gesichert. Über dem Bekenntnis steht als einzige Autorität das Evangelium, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt ist.

Die Eigenständigkeit der neuen Kirche, die die Ablehnung jedes Staatskirchentumes in sich schließt, ist besonders wichtig für die Beziehungen der Deutschen Evangelischen Kirche zu deutsch-evangelischen Kirchen und Gemeinden jenseits der Reichsgrenzen. Der im bisherigen Kirchenbund verwirklichte Grundsatz, daß Staatsgrenzen keine Kirchengrenzen sind, ist beibehalten und damit die Pflege der bisherigen engen kirchlichen Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den deutschen evangelischen Gemeinden in aller Welt gewahrt.

Das neue Verfassungswerk ist eine Rahmenverfassung, die in ihren einzelnen Teilen noch ausfüllt werden muß. An der Spitze der neuen Kirche steht als Führer ein Reichsbischof, der dem lutherischen Bekenntnis angehören muß.

Das Führerprinzip, welches im Reichsbischöfamt gestaltet wird, wird ergänzt durch die Mitwirkung des Kirchenvolkes, die in der Nationalsonde ihren Ausdruck findet, die dem Grundsatz entspricht, auch die äußeren Formen der Deutschen Evangelischen Kirche gemäß dem Neuen Testamente zu gestalten.

Neben den Reichsbischof tritt das Geistliche Ministerium, das den Bischof in der Leitung der Kirche unterstützt. Es besteht aus drei Theologen und einem rechtskundigen Mitglied. Die drei theologischen Mitglieder vertreten die drei Bekenntnisgruppen der Kirche, die lutherische, die reformierte und die unierte. Das reformierte Mitglied des Ministeriums wird in allen Fragen, die die Wahrung und Pflege seines Bekenntnisses angehen, anstelle des Reichsbischöfes handeln.

Da die neue Deutsche Evangelische Kirche keine Staatskirche ist, enthält die Kirchenverfassung keinen Arierparagraphen. Das schließt nicht die Abwehr artfremder Einflüsse, besonders innerhalb der kirchlichen Führung aus. Aber diese Abwehr betrifft den theologischen Führernachweis, jedoch nicht die Gliedschaft der Gemeinde Christi. Die Frage der Artgenossenschaft der kirchlichen Führung wird nicht durch die Verfassung bestimmt, sondern durch die Regelung des theologischen Nachwuchses.

Hier ist auch der Punkt, wo der Weltprotestantismus insbesondere der anglikanischen Länder das geschichtliche Wollen und den christlichen Ernst im deutschen Protestantismus neu einschätzen muß. Es ist zu hoffen, daß durch den Abschluß der Kirchenverfassung allen unzutreffenden Gerüchten, die das Verhältnis des neuen deutschen Staates zum Ausland betrafen, der Boden entzogen wird.

Die Vollendung des Verfassungswerkes bietet zugleich auch die Grundlage für die Beilegung des Kirchenkonfliktes in Preußen, dessen Vereinigung nach einer feierlichen Erklärung des Reichsinnenministers Dr. Frick in den nächsten Tagen erwartet werden darf.

Gleichzeitig mit der Verfassung wurde ein kirchliches Einführungsgesetz von denselben Beamten erlassen,

die ihre Unterschrift unter das Verfassungswerk gesetzt haben. Die rechtliche Anerkennung der Kirchenverfassung durch ein Reichsgesetz ist noch im Laufe dieser Woche zu erwarten.

Hitlers Bericht an Hindenburg

über die Beilegung des preußischen Kirchenkonflikts.

Das Telegramm des Reichskanzlers Adolf Hitler an den Reichspräsidenten von Hindenburg, dessen Inhalt wir bereits gestern in einer Sondermeldung umschrieben hatten, laut WTB, folgenden Wortlaut:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Nachdem gestern das Verfassungswerk der Deutschen Evangelischen Kirche zum Abschluß gebracht ist, sind heute die Verhandlungen über die Beilegung des preußischen Kirchenkonfliktes in einer für Staat und Kirche gleichermaßen befriedigenden Weise zu Ende geführt worden. Die auch mir besonders am Herzen liegende innere Freiheit der Kirche wird durch Zurückziehung der Kommissare und Unterkommissare des Staates außer Zweifel gestellt. Der innere Neubau der Landeskirchen wird nach kirchlichem Recht durch freie Wahl des evangelischen Kirchenvolkes einer baldigen Vollendung entgegengeführt werden. Ich bin glücklich, Euer Exzellenz berichten zu können, daß um mehr Gewähr gegeben ist, Ihnen auch von mir und allen Beteiligten gehaltenen Wunsch nach Befriedigung des evangelischen Kirchenlebens binnen kürzester Frist erfüllt zu sehen.

In verehrungsvoller Ergebenheit

Reichskanzler Adolf Hitler.

Hindenburgs Dank an Hitler.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichskanzler Adolf Hitler folgendes Telegramm gesendet:

Mit großer Freude entnehme ich aus Ihrem Telegramm, daß das Verfassungswerk für die deutsche evangelische Kirche fertiggestellt und der Kirchenkonflikt in Preußen beigelegt ist. Für diese erfolgreiche Arbeit um die Wiederherstellung des Friedens innerhalb der evangelischen Kirche sage ich Ihnen wie auch dem Reichsminister des Innern Dr. Frick von Herzen Dank.

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Hindenburg, Reichspräsident.

Es gibt doch Kirchenwahlen im Reich!

Der Bevollmächtigte des Reichskanzlers, Wehrkreisfarrer Müller, und der Kommissar für die evangelischen Landeskirchen in Preußen, Ministerialdirektor Jäger, erlassen gemeinsam folgende Kündigung:

Gott hat in diesen denkwürdigen Tagen das Wunder der Einigung an der deutschen evangelischen Christenheit vollzogen. Denn es ist wie ein Wunder, daß sich die deutschen evangelischen Landeskirchen allem geschichtlichen Streite, der Verschiedenheit der Bekenntnisse, der deutschen Grünlichkeit und Bedenlichkeit zum Trotz zu einer einigen deutschen evangelischen Kirche vereinigt haben. Diese neue Kirche vereinigt, wie es in ihrer Verfassung heißt, die aus der Reformation erwachsenen gleichberechtigt nebeneinander stehenden Bekenntnisse in einem feierlichen Bunde und bezeugt dadurch „ein Leib und ein Geist, ein Herz, ein Glaube, eine Taufe, ein Gott und Vater unser aller“.

In gläubigem Hinblick auf die großen Ziele haben auch die verantwortlichen Männer des Staates ihre verordnete Aufgabe erfüllt. Menschliche Kurzsichtigkeit gab den unmittelbaren Anlaß zu dem Eingreifen des Staates, das nie anders als ein ordnendes und helfendes gedacht war und von dieser vorgezeichneten Linie auch nie abgewichen ist. Niemals dachte der Staat daran, auch nur im geringsten in die Substanz der Kirchen einzutreten, es galt vielmehr lediglich, die Voraussetzungen zu schaffen, welche, dann vorhanden, der Kirche ermöglichen, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen und ihren Aufbau nach den ihr eigen-tümlichen Gesetzen zu gestalten.

Es ist Großes erreicht worden. Es ist nicht nur der unselige Streit über eine Personenfrage mit einem Schlag beseitigt, es ist auch über alles Erwarten und Hoffen hinaus in freimülleriger Zusammenarbeit aller Kirchen und verantwortlichen Männer das Verfassungswerk für die große Einheit der Kirche fertiggestellt worden, ein Werk, das in aller Kürze die feierliche Bestätigung durch das Deutsche Reich erhalten und dadurch in das Rechts- und Kulturleben des deutschen Volkes eingebaut sein wird.

Dieser Erfolg eilt den ursprünglichen Absichten, das Vertragswerk durch neu gebildete kirchliche Körperschaften bestätigen zu lassen, weit voraus. Es lag deshalb der Gedanke nicht fern — das rasche geschichtliche und rechtliche Werden forderte es geradezu — nun zu allem durch das Volk ein gläubiges und freudiges Ja sprechen zu lassen. Dadurch werden alle bisherigen Maßnahmen in eine höhere Sphäre der Voll-

gültigkeit erhoben. Wenn die Stimme des wirklichen Volkes wie die Stimme Gottes zu betrachten ist, so wird das Volk bei dieser Fortführung der Dinge jedes kleinliche Zagen und Bedenken in allen seinen Gliedern zurückstellen. Es wird, froh der Tatsache, daß der Knoten der Verwirrung mit einem Schwerthieb gelöst wurde, mit Dank an Gott erkennen, daß alles bisherige Tun dem Ziel gedient hat, Volk und Kirche, die in vielseiner und großer Entfernung gegeneinander standen, wieder zueinander zu führen. Das Volk soll es selbst sein, das in das zu Gottes Ehre gebaute Haus in festlicher Freude einzehen.

Das ist der Sinn der Wahlen, zu denen das ganze deutsche evangelische Kirchenvolk in kürzester Frist schreiten soll. Es ist ein Sinn, der hoch über jedem parlamentarischen Brauch steht. Die Wahlen sind das Signal, das dem vollendeten Werk aufgedrückt werden soll.

Das evangelische Kirchenvolk ist deshalb aufgerufen, im Bertheil der geschichtlichen Stunde und der Wege, die uns Gott durch den Ausbruch der Nation hindurch bis heute geführt hat, das Recht und die Pflicht zu erfüllen, sich selbst für das letzte Ziel einzusezen.

Berlin, den 12. Juli 1933.

Der Bevollmächtigte des Reichskanzlers:

Wehrkreisfarrer Ludwig Müller.

Der Kommissar für die Evangelischen Landeskirchen in Preußen:

Jäger.

„Sekt müssen wir das Land durch Frieden bestellen!“

Hitler über wirtschaftspolitische Fragen.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit:

Der Führer sprach am Mittwoch abend zu den in der Reichskanzlei versammelten Gauleitern, Kreishändlern der Arbeit und Landesobmanns der Betriebszellenorganisation über politische und wirtschaftliche Fragen. Die Tagung wurde geleitet vom Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess. Anwesend waren u. a. auch Reichswirtschaftsminister Schmitt und Reichsarbeitsminister Seldte.

In seiner 2½ stündigen großen Rede brachte Adolf Hitler einleitend zum Ausdruck, daß die gewaltige umwälzende Zeit, in der wir leben, für unser Volk von reichstem Segen sein werde, wenn die weitere Entwicklung und Aufbauarbeit ebenso planmäßig verlaufe wie die Vorbereitung und Durchführung der nationalsozialistischen Revolution bisher.

„Im Besitz der Macht, die uns niemand mehr nehmen kann, sind wir in der Lage, nunmehr auch die gesamte kommende Entwicklung zu übersehen und planmäßig zu bestimmen.“

„Wir haben durch Kampf das Land eroberd, jetzt müssen wir es durch Frieden bestellen.“

Die politische Macht habe man schnell und in einem Zuge erobern müssen, auf dem Gebiete der Wirtschaft aber wären andere Entwicklungsgesetze maßgebend. Hier müsse man Schritt für Schritt vormärzgehen, ohne das Bestehende radikal zu zerstören und unsere eigene Lebensgrundlage zu gefährden. Mit bürokratischen Konstruktionen könne man die deutsche Wirtschaft nicht aufbauen. Die Ausnutzung der individuellen Fähigkeiten habe Deutschland groß gemacht, und nur durch sie könne auch das große Wiederaufbauwerk zum Erfolg kommen. Bewegung der höheren Arbeitsleistung unter die mindere Arbeitsleistung werde nicht gebuldet. Das fordere das Wohl des deutschen Volkes.

Im Rahmen dieser Grundsätze die Interessen der Gemeinschaft mehrzunehmen, das sei das Problem, das zur Lösung gestellt sei. Wie auf politischem, so könne man auch auf wirtschaftlichem Gebiet Erfolge und Rechte nur herleiten aus der Leistung. Das Tempo unserer Einwirkung auf die Wirtschaft und die Stellenbesetzung in der Wirtschaft sei daher abhängig von der Heranbildung eines wirtschaftlichen Führernachwuchses. Die Bevölkerung gewisser Organisationen auf diesem Gebiete sei noch keineswegs der Beweis dafür, daß dieser Nachwuchs bereits vorhanden sei. Es sei Grundatz der NSDAP, eine Stelle nicht eher zu besetzen, solange nicht eine fähigere, durch Leistungen erprobte Persönlichkeit zur Verfügung stehe. Wer nur an die Vergangenheit denke und sich nicht mit der Zukunft beschäftige, sei ein schlechter Nationalsozialist. Was ihn, den Führer, wirtschaftlich interessiere, sei allein die Zukunftsaufgabe, das deutsche Volk wieder in Arbeit zu bringen und seine volle Konsumkraft wieder herzustellen. Deshalb habe er auch mit Genugtuung Kenntnis genommen von der Anerkennung, die Deutschlands bisherige Leistungen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kürzlich in Genf gefunden habe.

Der Führer behandelte im weiteren Verlauf seiner Rede dann außenpolitische Fragen. Im Rahmen der Friedenspolitik des neuen Deutschland sei auch das Konkordat mit der katholischen Kirche, die den nationalsozialistischen Staat damit offiziell anerkenne, von Bedeutung. In diesem Zusammenhang wies er auf die neue evangelische Kirchenverfassung hin und erwähnte,

dass am übernächsten Sonntag die evangelischen Kirchenwahlen stattfinden würden.

Zum Schluß kennzeichnete der Führer in eingehenden Ausführungen die verschiedenen gearteten Aufgaben von Regierung und Partei. Die große und entscheidende Aufgabe der Partei sei die Erziehung des deutschen Menschen, Aufgabe der Regierung, das Leben der Nation funktionell in Gang zu halten. Die Synthese zwischen dem idealistischen Nationalsozialismus und den realen Erfordernissen der Wirtschaft gelte es zu verwirklichen. Er kapitulierte bei allem, was er tue, nur vor der Vernunft. Er habe den Christen, ohne Rücksicht auf Augenblicksstimmungen etwas zu schaffen, was der Kritik der Nachwelt standhalte. Die Partei habe 14 Jahre lang keine Konzessionen an die Popularität gemacht, 14 Jahre lang an die Perspektiven gedacht und 14 Jahre lang eine beispiellose Disziplin geübt. Wenn man auch in Zukunft nach diesen bewährten Grundsätzen der Partei handele, dann werde der Erfolg gewaltig und ein Rückschlag für das deutsche Volk nicht mehr denkbar sein.

Ein deutsches Erntedankfest.

Wie der Preußische Pressedienst der NSDAP meldet, soll am 1. Oktober in allen Gauen ähnlich der Feier des 1. Mai ein großes deutsches Erntedankfest durchgeführt werden.

Das deutsche Bauerntum, das nunmehr in seiner amtlichen wie berufsständischen Verwaltung unter einerheitlicher Führung gestellt ist, werde an diesem Tage nicht nur ein machtvolles Bekenntnis zum neuen Reich ablegen, sondern auch seine Bedeutung als Volksernährer vor aller Augen führen.

Hitler ernennt Keppler zu seinem Wirtschaftsberater.

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Führer hat den Parteigenossen Wilhelm Keppler, das gegenwärtige Mitglied der deutschen Abordnung zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz, zu seinem Beauftragten für Wirtschaftsfragen in die Reichskanzlei berufen und zugleich zum Beauftragten für Wirtschaftsfragen innerhalb der Partei ernannt.

Reichswirtschaftsminister Schmitt für Erhaltung der Privatinitiative.

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hielt am Donnerstag vor einem geladenen Kreis führender Persönlichkeiten eine programatische Rede über die wirtschaftspolitischen Aufgaben im neuen Staat, wobei er u. a. für die Erhaltung der Privatinitiative und die Verantwortung des Einzelnen eintrat.

Saboteure werden streng bestraft!

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der preußische Justizminister Kerrl hat mehrere Erlassen zur Bekämpfung von Sabotage des nationalsozialistischen Aufbaues herausgegeben, in denen den Saboteuren eine hohe Bußgeld- und unter Umständen die Todesstrafe angedroht wird.

Göring bei Thyssen.

Duisburg, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerpräsident Göring ist in Essen eingetroffen und hat sich sodann im Kraftwagen nach Hamborn zum Besuch Dr. Fritz Thyssens begeben.

Referendare im Gemeinschaftslager.

Das §-Zeichen in der Schlinge.

Das erste Gemeinschaftslager für Referendare ist dieser Tage im neuen Lager bei Flüttberg eröffnet worden. Es untersteht dem Oberstaatsanwalt Spieler.

Aus Berlin kommend, trafen etwa 50 Referendare, die aus allen Gegenden Preußens stammen und gegenwärtig im großen juristischen Staatsexamen (Assessor-Prüfung) stehen, im Lager ein. Zum Zeichen, daß auch im Lagerleben der Humor zu seinem Recht kommt, sah man zuallererst vor der Parade, in der die Referendare wohnen werden, einen Galgen, an dem das §-Zeichen in der Schlinge hing: das Symbol des Gemeinschaftslagers. Unter dem Befehl von einigen SA-Führern und zwei Beauftragten des Reichsfüratoriums für Jugendpflege wurde den neu angekommenen Insassen die Lagerkleidung „verpakt“. Nach der Bekanntgabe der Lagerordnung durch den Führer erhielten die Referendare ihre Betten angewiesen, Geschirr wurde empfangen und die Stubenältesten wurden bestimmt.

Der Lagerführer, Oberstaatsanwalt Spieler, ist seit 1930 in der SA. Er war zunächst Rechtsanwalt und wurde bekannt durch die Verteidigung der SS-Bombenleger im Altonaer Prozeß 1932, die er zusammen mit dem heutigen Staatssekretär Freisler durchführte. 1933 wurde er kommissarischer Bürgermeister von Elmshorn.

Wysocki bei Hitler.

Berlin, 14. Juli. (PAT) Gestern nachmittag trat der polnische Gesandte Dr. Alfred Wysocki dem Reichskanzler Hitler einen Abschiedsbesuch ab, in dessen Verlauf zwischen dem polnischen Gesandten und dem Reichskanzler eine längere Konferenz abgehalten wurde.

Karl Radel in Pommern.

Der Chefredakteur der Moskauer „Iswestja“ Karl Radel, der einige Tage lang zu einem Gegenbesuch des Hauptgeschäftsführers der „Gazeta Polska“ in Warschau weilte, benutzte seinen Aufenthalt in Polen, um auch Pommern zu besuchen. Zunächst begab er sich in Begleitung des Direktors der „Pstra-Agentur“, des Warschauer Korrespondenten der sowjetrussischen Telegraphenagentur „Tass“ und des Moskauer Korrespondenten der „Gazeta Polska“ nach Thorn, wo er die Hauptsehenswürdigkeiten der Stadt, die durchweg aus der Ordensritterzeit stammen, besichtigte und mit dem Lob über deren Schönheiten nicht zurückhielt. Wie der „Dziennik Pomorski“, bei dessen Chefredakteur Herr Radel zu Gast war, versichert, hat die Reise dieses sowjetrussischen Zeitungsmannes einen rein privaten und touristischen Charakter. Am Nachmittag setzte Herr Radel mit seinen Begleitern im Auto die Fahrt nach Gdingen fort.

Dort stattete er zunächst dem Regierungskommissar in Gdingen einen Besuch ab und besichtigte dann die Stadt, die Reischälfabrik sowie die Hafenanlagen. Die Polnische Telegraphen-Agentur gibt in einem längeren Bericht die anerkennenden Worte wieder, die Herr Radel für die große Arbeit Polens in Pommern gefunden habe. Der Gdingener Hafen sei jetzt eine große historische Tatsache, die man nicht mehr rückgängig machen könne. Radel gab der Überzeugung Ausdruck, daß Gdingen zu einer Festigung der Beziehungen zwischen dem Sowjetverband und der Republik Polen beitragen werde und wünschte Gdingen eine weitere Entwicklung.

Das Balbo-Geschwader in Kanada.

Reichskanzler Hitler beglückwünscht Balbo.

Berlin, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Balbo-Geschwader ist nach glänzender Zurücklegung der nächsten Etappe seines Ozeanfluges in Sheddac (Neubraunschweig) am Donnerstag abend gewässert. — Reichskanzler Adolf Hitler hat an Balbo ein Telegramm gerichtet, in dem er seine Glückwünsche und seine Bewunderung für die überwältigende Leistung anspricht.

* * *
London, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die italienische Luftflotte hat die 1200 Kilometer lange Strecke von Cartwright nach Sheddac in Neubraunschweig in der Zeit von rund sechs Stunden zurückgelegt. Sämtliche 100 Flieger trafen wohlbehalten mit ihren Maschinen ein. Tausende von Menschen gaben dem italienischen Geschwader einen begeisterten Empfang, als die Italiener bei schönstem Sonnenwetter in Abteilungen von drei Flugzeugen in der Bucht von Sheddac wasserten. Hunderte von Amerikanern waren eigens nach Sheddac gefahren, um der Ankunft beizuwohnen. Balbo wurde persönlich vom Ministerpräsidenten von Neubraunschweig Tilley begrüßt. Auf dem größten Teil der Strecke hatten die Flieger, wie General Balbo berichtet, mit starken Gegenwinden zu kämpfen. Das italienische Luftgeschwader hat jetzt nur noch zwei Teilstrecken vor sich — von Sheddac nach Montreal und von Montreal nach Chicago.

Die geplante Zusammenkunft zwischen Oberst Lindbergh und Balbo in Cartwright konnte nicht mehr stattfinden, da Lindbergh und seine Frau ihren Flug von St. Johns (Neufundland) nach Cartwright wegen des dichten Nebels nicht durchführen konnten.

„Schweden brennt an allen Enden!“

„Unser Land brennt an allen Enden!“ sagen die Schwedner. Am Dienstag waren aus Nord und Süd nicht weniger als 75 neue Meldungen über Waldbrände eingegangen. Nachmittags fing es zum Glück an zu regnen, so daß die Löscharbeiten in den Wäldern erleichtert wurden. Am schlimmsten wüteten die Waldbrände in den nördlichen Teilen des Landes. Dort wurde beispielweise in Borgholm das Übergreifen des Feuers auf das Dorf nur durch die energische Arbeit von Frauen und Mädchen verhindert, als die Flammen bereits bis auf 200 Meter sich an den Ort herangefressen hatten. Sämtliche Männer des Ortes waren zur Löscharbeit in den Wäldern aufgeboten. Militär wurde herangezogen. Etwa 20 000 Hektar Waldland dürften nach vorläufiger Schätzung vernichtet sein. Zum Teil handelt es sich um staatliches Eigentum; es ist aber auch viel Privatbesitz betroffen worden. Viele Häuser müssen geräumt werden und verbrannten. Auch Verluste an Vieh kamen vor. Das Feuer wurde durch den starken Wind mit rasender Geschwindigkeit über die Baumwipfel getragen. Der Regen hat die schwer bedrohte Ernte in vielen Landesteilen, z. B. in Schonen, gerettet.

Fast noch schlimmer steht es auf der anderen Seite des Bottnischen Meerbusens, in Finnland. Eine große Zahl von Gehöften wurde dort vom Feuer vernichtet. Man ruft telefonisch aus Hunderten von Kilometern von einander entfernt liegenden Orten um Hilfe.

Eine Arbeiterbarakke auf der Wolga gesunken.

Moskau, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf der Wolga in der Nähe von Saratow sank eine Baracke, auf der sich nach amtlichen Angaben 250 Arbeiter und Arbeiterinnen befanden. Bis hier werden 80 Personen als ertrunken gemeldet. Die Baracke soll wegen starker Überlastung gesunken sein. Außerdem soll es sich um ein sehr altes Fahrzeug handeln, das gar nicht mehr in Verkehr gebracht werden durfte. Unbestätigte Meldungen besagen, daß die Zahl der Toten bereits über 100 betrage. Eine amtliche Untersuchung ist eingeleitet.

52 Öltanks in Flammen.

Buenos Aires, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der argentinischen Hauptstadt sind 52 große Öltanks der Öl-Gesellschaft in Brand geraten. Alle Versuche, das rasch um sich greifende Feuer einzudämmen, blieben bisher erfolglos.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 14. Juli 1933.
Kratz — 2,49, Jordon + 1,90, Warischau + 3,04, Bloct + 1,79, Thorn + 1,28, Jordan + 1,13, Culm + 1,02, Graudenz + 1,19, Kurzbral + 1,22, Biedel + 0,40, Dirschau + 0,20, Einlage + 2,10, Schleidenhorst + 2,34.

Bromberg und das neue Selbstverwaltungsgesetz. Abschiedssitzung des Stadtparlaments.

Bromberg, 14. Juli.

Mit dem 13. Juli d. J. ist das neue Selbstverwaltungsgesetz in Kraft getreten, das sowohl vor als auch nach seiner Verabschiedung im Sejm so viel Proteste und Kommentare ausgelöst hat. U. a. hat sich auch der Städte-Verband gegen das Gesetz ausgesprochen mit der Motivierung, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes dem Ende der Selbstverwaltung gleichkommen. Am Vortage der Einführung des neuen Gesetzes trat daher am Mittwoch die Stadtverordneten-Versammlung nach der bisherigen Geschäftsordnung gewissermaßen zu einer Abschiedssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen nur zwei Punkte, die ziemlich glatt erledigt wurden. Im Saal herrschte feierliche Stimmung. Außer 46 Stadtverordneten waren erschienen Mitglieder des Magistrats, die Leiter der städtischen Unternehmungen und etliche Pressevertreter.

Nachdem die Tagesordnung erledigt war, verlas der Stadtverordnetenvorsteher Beyer, der zum letzten Mal den Vorsitz in der Versammlung führte, ein Rundschreiben des Vorjewoden, nach welchem auf Grund des Artikels 35 des Gesetzes über die Änderung der Selbstverwaltung mit dem 13. Juli d. J. die Institution der besonderen Präsidien der Stadtverordneten-Versammlungen aufgehoben werden, die damit zu amtieren aufhören und deren Funktionen, soweit es sich um die Funktionen des Vorsitzenden handelt, auf die Bürgermeister und Stadtpräsidenten übergehen, welche jedoch an der Abstimmung nicht teilnehmen, sofern sie dieses Recht nicht auf Grund der Städteordnung vom Jahre 1858 erworben haben. Im Anschluß hieran dankte der Stadtverordnetenvorsteher allen Stadtverordneten für die verträgliche Zusammenarbeit und schloß mit der Erklärung, daß sich in den Arbeiten der Versammlung nichts ändern und daß sie auch weiterhin der Kommune und dem Staat dienen werde. Dies werde unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten um so leichter sein, als man ihm volles Vertrauen entgegenbringe.

Als Antwort hierauf hielt der Stadtpräsident Barciszewski eine längere Rede, in der er betonte, daß sich vielleicht nicht alle Rechenschaft über die Bedeutung des Augenblicks geben, den die Selbstverwaltung durchlebt. Die Kollektivverwaltung der Stadt, die sich bis jetzt aus etwa 22 Personen zusammensetzte, habe aufgehört zu bestehen und einen individuellen Charakter angenommen. Den Wert dieser einschneidenden Änderung könne man heute noch nicht beurteilen, jedenfalls aber berge eine derartige Regierung der Stadt mehr Gefahren und ein größeres Risiko in sich als die Kollektivität des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung. Die positive Seite des Gesetzes besteht darin, daß es einheitlich für den ganzen Staat in Kraft tritt; zweitflos werde es im Laufe der Zeit noch verschiedene Änderungen erfahren und den Lebensbedingungen angepaßt werden. Mit herzlichen Worten des Dankes an Herrn Beyer, der es als Stadtverordnetenvorsteher verstanden habe, ein harmonisches Zusammenspielen zwischen Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat herzustellen, schloß Präsident Barciszewski seine Ansprache mit den Worten: "Ich glaube, daß auch mit einem gemeinsamen Weg finden werden, wobei unsere einzige Devise sein wird: "Gemeinsam der Stadt dienen und dadurch dem Staate."

Zum Schluss sprachen noch der Stadtverordnete A. B. Lewandowski (Nationaldemokrat), der seiner kritischen Ansicht über das neue Selbstverwaltungsgesetz Ausdruck gab und der Stadtverordnete Fiedler, welcher die großen Verdienste des bisherigen Vorstehers Herrn Beyer auf dem Gebiet der Stadtverordneten-Versammlung anerkennend hervorhob.

Die Tagesordnung selbst wurde, wie schon kurz erwähnt, fast widerspruchlos erledigt. Zunächst wurde die Erhöhung des Kredits in der kommunalen Kreditbank in Posen von 150 000 Zloty auf 250 000 Zloty beschlossen, da sich die Notwendigkeit herausstellte, das Betriebskapital zu erhöhen, weil viele Rechnungen noch nicht beglichen werden konnten. Der zweite Punkt betraf ein Angebot des Arbeitsfonds, der Stadt eine Anleihe in Höhe von 95 000 Zloty für Kanalisations- und Installationsarbeiten hinter der Fähnrichschule zu gewähren. Diese Anleihe soll zu je 9500 Zloty, und zwar zehn Monate lang zur Auszahlung gelangen und mit 2 Prozent jährlich verzinst werden. Das Angebot enthält aber auch verschiedene Vorbehalte, darunter den, daß der Arbeitsfond nur dann zahlen wird, wenn er von den Steuerzahldern die entsprechenden Beiträge einzieht, ferner, daß der Beitrag ausschließlich zur Zahlung für 31 668 Arbeitstage verwendet wird, d. h. je 3 Zloty täglich für einen nicht qualifizierten und je 4 Zloty täglich für einen qualifizierten Arbeiter.

Die Vorlage des Magistrats auf Annahme dieses Angebots wurde zum Beschuß erhoben. Nach einigen Ergänzungswahlen wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

In der geheimen Sitzung wurde u. a. der Vertrag mit Direktor Stoma auf Verpachtung des Städtischen Theaters für die Dauer von drei Jahren mit unbedeutenden Änderungen bestätigt. Der Vertrag wird automatisch jedesmal um ein Jahr verlängert, sofern von den beiden vertragsschließenden Parteien nicht viermonatige Kündigung erfolgt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedroht.

Bromberg, 14. Juli.

Bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet bewölktes Wetter mit Neigung zu Niederschlägen an.

Um die Kirche.

Um die Kirche brennt heute der Kampf heißer denn je. Wir haben Seiten erlebt, in denen war von der Kirche nicht die Rede. Man begnügte sich mit einer Religion, die Privattheit war. Heute ist die Kirche Mittelpunkt der Interessen geworden. Was ist Kirche? Der Apostel schildert sie im Korintherbrief (1. Kor. 12) als den Leib Christi mit einem einzigen Haupt Jesus Christus, aber mit vielen

einander zusammenhängenden, einander mit der Mannigfaltigkeit der Gaben dienenden Gliedern. Beides tut heute noch zu betonen. Der Apostel hat in Korinth einen heißen Kampf gegen die Zerrissenheit der Gemeinde zu führen gehabt, da der eine sich "Paulisch", der andere "Apollisch", der dritte "Kephistisch", der vierte "Christisch" nannte. Er hat gegen diese Zerrissenheit nur eine Antwort: "Seid ihr auf Pauli Namen getauft? Oder ist Paulus für euch gefreut? Es ist nur einer der Herr und Meister: Jesus Christus, niemand sonst!" Aber eben so ernst ermahnt der Apostel zur Einheit der Glieder untereinander. Hier hat niemand ein Sonderrecht, hier sind alle berufen, hier hat Gott seine Gaben mannigfach verteilt. In der Gemeinde Christ gibt es ja keinen Schabloneismus, alles Leben ist Mannigfaltigkeit. Aber sie ist da zu gegenseitigem Dienst, darin hat sie ihr Recht und ihre Aufgabe. Gott habe seine Kirche in unseren Tagen zum Leibe Christi! Das tut not. Dann wird sie ihren Dienst auf Erden ausrichten können.

D. Blau - Posen.

S Protestversammlung. Gestern abend fand in den Concordia-Sälen eine Protestversammlung der polnischen Wirtschaftsverbände und kaufmännischen Vereine von Bromberg statt, die sich gegen eine Liquidierung der Bromberger Industrie- und Handelskammer aussprach. In der Diskussion ergriffen mehrere Redner das Wort, die mit Entrüstung darauf hinwiesen, daß die Warschauer Regierung ein Institut nach dem anderen von Bromberg fortneime und es in andere Städte verlege. Im Verlaufe der Diskussion wurde eine Resolution gefaßt, die an den Industrie- und Handelsminister gerichtet ist und in welcher Protest erhoben wird, gegen jede Absicht, die Bromberger Industries und Handelskammer zu liquidieren und ihre Kompetenzen der Kammer in Gdingen zu überweisen.

S Internationales Ringkampfturnier. Das Bromberger Publikum hat für Sport etwas übrig. Das muß gesagt werden. Der Garten der Concordia-Säle weist von Abend zu Abend einen stärkeren Besuch auf. Die wenigen Tage Unterbrechung haben anscheinend die Erwartungen und die Ungeduld gesteigert, denn von der Ringkampfmatte bis zur hintersten Galerie — jeder Platz befehlt. Gestern abend kämpfte der Berliner Neumann gegen den Krakauer Wiencek, den der Berliner in der achten Minute durch einen überraschenden Gegenangriff aus dem Doppelnelson besiegt. Der vorzüglich kämpfende Tornio hatte gegen den stets randalierenden Belgier Tibermont viel zu schaffen. Er zwang ihn aber in der 29. Minute trotzdem auf die Matte. Nach dieser Niederlage erwies sich Tibermont als Sprachgenie, denn er brüllte fast gleichzeitig in französisch, deutsch und polnisch dem Schiedsrichtertisch grobe Beleidigungen zu. Einen technisch schönen Kampf lieferten Equatore und Sadowski, der Kampf verließ unentschieden. Brutal verlief der Kampf Dr. Iowofski-Motylka, der ebenfalls kein Ergebnis brachte. Der vorzüglich ringende Arens konnte den Österreicher Mottl in der dritten Runde besiegen.

S Zu wüsten Schlägereien kam es in zwei Fällen. Im ersten Falle kam es zu Streitigkeiten zwischen einem Bauern und einem Händler. Der Bauer bot Kartoffeln zum Verkauf an, für die er 3,00 Zloty für den Bentner verlangte, während der Käufer nur 2,50 Zloty als Preis bot. Recht eigenartig muß der Handel geführt worden sein, denn es dauerte nicht lange — und Käufer und Verkäufer hatten sich in den Haaren. Um die Kämpfenden sammelte sich bald eine große Menschenmenge. Die Folge dieses seltenen Handels waren erhebliche Verletzungen, die beide erlitten. — Die zweite Schlägerei hatte ihren Schauplatz im Odbachlosen-Asyl. Dort war es zwischen Einwohnern des Asyls zu einem Streit gekommen, der allem Anschein nach auf eine durch Alkoholgenuss verursachte Händelsucht zurückzuführen ist. Es kam bald zur wüsten Schlägerei. Die Aufsicht des Asyls waren gezwungen, einzutreten und Polizei herbeizurufen, um die Ordnung und die Ruhe wieder herzustellen. Auch in diesem Falle gab es Verletzungen, so daß die Rettungsbereitschaft herangezogen werden mußte.

S Beim Holzhaken schwer verletzt hatte sich der 36jährige Arbeiter Ignacy Garnecki, hier, Ujesta 50 wohnhaft. Dem S., der einen Stuben zerlein wollte, glitt plötzlich die Axte ab und fuhr ihm in den linken Handrücken, diesen fast in zwei Teile spaltend. Der Verletzte wurde mit dem Rettungswagen nach dem Städtischen Krankenhaus geschafft.

S Raubüberfall? In der Nacht zum Dienstag wurde der 33jährige Kutscher der Brauerei "Browar Bydgoski", Leon Pasternacki, auf der Chaussee von Schulz nach Bromberg von drei Wegelagerern überfallen und beraubt. Wie der überfallene Kutscher schildert, hätten ihm die drei in der Nähe des Restaurants Dzierżawski zugerufen, daß vom Wagen ein Tasch herabgestürzt sei. Daraufhin habe er angehalten, sei vom Wagen herabgestiegen, um das Tasch zu suchen. In diesem Augenblick hätten sich die Wegelagerer auf ihn gestürzt und hätten ihm die Tasche mit 500 Zloty Inhalt entrissen. Die Diebe haben dann das Weite gesucht. Ob in diesem Falle wirklich ein Raubüberfall oder eine Vortäuschung vorliegt, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

S Eine Fahrrad-Diebesbande hatte sich vor dem Bromberger Kreisgericht zu verantworten. Auf der Anklagebank nahmen Platz der 30jährige Stefan Klimczak und sein 21jähriger Bruder Josef, der 25jährige Konieczka und der 26jährige Emil Blank. Mit den ersten drei Angeklagten, deren Spezialität Fahrraddiebstähle waren, hatte sich das Gericht schon öfters zu beschäftigen. Am 1. April d. J. stahl Josef Klimczak ein Fahrrad im Werte von 200 Zloty, das der Eisenbahner Witold Maslanka für einen Augenblick unbeaufsichtigt vor der Güterabfertigung hatte stehen lassen. Während der Ausführung des Diebstahls standen die übrigen Angeklagten Schmiede und hälften dann, daß Rad "an den Mann" bringen. Vor Gericht verlegten sich die Angeklagten aufs Zeugnen. Durch die Beweisaufnahme konnte ihnen jedoch, mit Ausnahme des Blank, der Diebstahl nachgewiesen werden. Das Gericht verurteilte Stefan K., als den Anführer der Bande, zu 1½ Jahren, dessen Bruder zu 10 Monaten und Franciszek Konieczka zu 6 Monaten Gefängnis. B. wurde vom Gericht freigesprochen. — Wegen wiederholten Diebstahls hatte sich gleichfalls der 25jährige Arbeiter Dzielakowski zu verantworten. D., der wegen einer Reihe von Diebstählen bereits zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt ist, stahl am 15. Juni d. J. dem Schneidergesellen Wladyslaw Olejniczak Garderoben im Werte von 150 Zloty. Der Angeklagte wurde vom Gericht wegen Diebstahls im Rückfalle zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

S Crone (Koronowo), 13. Juli. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1—1,20 das Pfund, Eier 0,90—1 die Mandel, junge Kartoffeln 0,06—0,10 das Pfund, alte Kartoffeln 2,20—2,70 der Bentner. Mastschweine brachten 40—45 Zloty der Bentner, Bacon-Schweine 37—40,50 Zloty der Bentner. Absatzferkel 20—30 Zloty das Paar je nach der Größe.

In der Nacht zum 13. d. M. haben Schnierfinken abermals das Schild des Tierarztes Dr. Schlieter mit Kot beschmiert. Die Täter sind unerkannt entkommen. Mit einer derartigen "Tat" beschwert ein solcher Held sich selbst. Es Gzin (Gdynia), 13. Juli. Ein unangenehmer Vorfall spielte sich heute nachmittag bei dem Schneidermeister Liwczak ab. Ein Mann brachte vor einigen Tagen Stoff und ließ einen Anzug machen. Der Preis wurde auf 15 Zloty vereinbart. Als der Mann nun heute den Anzug abholen wollte, bot er nur 12 Zloty. Der Schneider sagte ihm, daß 15 Zloty vereinbart wären und daß er den Anzug nicht herausgabe. Der Mann nahm dann den Anzug, packte ihn in den Rück sack und flüchtete, ohne zu zahlen. L. ließ ihm nach, erhielt dabei jedoch einige Stockhiebe über den Kopf. Als er noch auf Bezahlung bestand, zog der Mann einen Revolver, worauf L. schleunigst den Rückzug antrat. Augenzeugen benachrichtigten die Polizei, die sofort die Verfolgung aufnahm.

Die 150 Morgen große Landwirtschaft des Landwirts Koch aus Berlin ist mit allem toten und lebenden Inventar in den Besitz des Herrn Dr. Jedwabny übergegangen.

S Gnesen (Gniezno), 13. Juli. Dem Landwirt Stanislaus Skibinski in Niechowino wurden aus seiner verschlossenen Wohnung 400 Zloty Bargeld und 1 Revolver sowie Militärpapiere gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Seit einigen Tagen hat der 16jährige Gerhard Lierer in Striesen bei Gnesen sein Elternhaus verlassen und ist trotz energischer Nachforschung über sein Verbleiben nichts zu ermitteln. Die Eltern sind über sein Fernbleiben sehr besorgt.

S Gnesen (Gniezno), 12. Juli. Auf der Strecke Gnesen-Tremesken verunglückte gestern der Autobus. Während voller Fahrt brach plötzlich die hintere Achse und ein Rad fiel ab. Der Chauffeur brachte den vollbesetzten Wagen glücklicherweise zum Stehen und konnte dadurch ein Unglück verhindern.

Dem Besitzer Tobolewicz in Blawata wurde aus einem verschlossenen Stall ein 3½ Bentner schweres Schwein gestohlen. Die Diebe trieben das Tier bis hinter das Dorf, wo sie es schlachteten und mit dem Fleische spurlos verschwanden.

Bei dem Landwirt Bojanek in Wronowo brach Feuer aus und äscherte den Kuhstall, Pferdestall und Schweinstall ein. Der Schaden beläuft sich auf 6000 Zloty.

S Nowoclan, 14. Juli. Scheunenbrand.

Ein Feuer brach aus bisher unermittelbarer Ursache in der Nacht zum Montag auf dem Gehöft des Landwirts Schenkel in Konary hiesigen Kreises aus, durch welches eine Scheune

vollständig eingeäschert wurde. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

S Kruszwica (Kruszwica), 13. Juli. Auf dem hier bei gutem Wetter abgehaltenen Vieh- und Pferdemarkt herrschte ein reger Verkehr. Aufgetrieben waren 80 Stück Vieh und 70 Pferde. Die Preise für Milchkühe waren verhältnismäßig hoch und schwankten je nach dem Material zwischen 80—230 Zloty. Fettvieh und mageres Material war wenig vorhanden. Pferde konnte man schon mit 80 Zloty kaufen. Für gute Arbeitspferde wurden bis 400 Zloty verlangt. Im allgemeinen war der Handel schwach.

Im vergangenen Monat wurden im Standesamt für Kruszwica Stadt 10 Geburten (5 männliche und 5 weibliche), 5 Todessfälle (3 männliche, 2 weibliche) und 8 Eheschließungen und in dem für Kruszwica Land 4 Geburten (3 männliche, 1 weibl.), 8 Todessfälle (1 männl., 7 weibliche) und 2 Eheschließungen registriert.

S Mogilno, 12. Juli. Am Dienstag entstand auf dem Besitztum des Landwirts Jan Szajdowski in Kopezyn in der Abwesenheit des Besitzers ein Feuer, welches sämtliche Wirtschaftsgebäude, das Wohnhaus, zwei Ställe und eine Scheune mit angebautem Schuppen vollständig in Schutt und Asche legte. Mitverbrannt ist das ganze tote Inventar, während das lebende Inventar gerettet werden konnte. Bei den Rettungsarbeiten erlitten die Frau des Geschädigten, der Landwirt Zwolanowski und ein Feuerwehrmann empfindliche Brandwunden. Die Frau mußte sogar ins Krankenhaus nach Strelno gebracht werden. Der Gesamtschaden beträgt 25—30 000 Zloty und ist durch Versicherung gedeckt. Durch das sofortige Eingreifen mehrerer Feuerwehren wurden die bedrohten Nachbargebäude vor den Flammen geschützt. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt worden.

S Naklo (Naklo), 12. Juli. Unbekannte Diebe drangen nachts in die Wohnung des K. Lütke, Radzic, und stahlen dort eine Aussteuer im Werte von 1500 Zloty. Diefelben Einbrecher versuchten darauf noch in eine zweite Wohnung desselben Hauses einzudringen, wo sie aber durch das Aufschreien eines erwachenden Kindes gestört wurden und, ohne etwas erbettet zu haben, verschwanden.

S Schilz (Solec), 12. Juli. Auf dem letzten Wochenmarkt kostete Butter 1,20—1,50, Eier 1,00, Weizkäse 0,25, Kohlrabi Bund 0,10—0,15, Kartoffeln Bentner 4,00—4,50, neue Kartoffeln 2 Pfund 0,25, usw. erledigt sind.

S Strelno (Strzelno), 12. Juli. Am Dienstag fuhr der Güterzug, welcher auf der Linie Mogilno-Strelno-Kruszwica-Innowoclan fuhr, am Bahnhübergang unweit der Station Mylny in eine Viehhirte, welche in dem Augenblick von dem Viehhirten Marchysk über das Gleise getrieben wurde. Zwei Milchkühe wurden getötet und zwei verletzt. Eine Kuh, welche zwischen die Puffer der Lokomotive geraten war, wurde fast 100 Meter weit geschleift und vollkommen zerstückelt. Die Schuld an diesem Vorfall ist dem Viehhirten zuzuschreiben, welcher auf die herabgelassenen Schranken nicht achtete und das Vieh neben diesen über das Gleise trieb.

Auf der Telegraphenlinie zwischen Krusza Duchowna und Markowice wurden von verbrecherischen Händen 29 Stück Isolatoren zertrümmert, wodurch der Fernsprechverkehr sehr gestört wird.

Chef-Redakteur: Gottbold Stark; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannas Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: J. V. Arn und Przygodzki; für Angel und Reklame: A. Dittmann T. o. p. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 159

Ihre am 6. d. Mts. vollzogene Vermählung
geben bekannt
Erhard Hinz
u. **Frau Eleonore** geb. Zipser.
Grudziądz, im Juli 1933.
ul. Piłsudskiego 78.

5345

Es hat Gott dem Herrn gefallen, gestern nachmittag
3½ Uhr nach längerem schweren Leiden unsere innig-
geliebte, herzensgute und treusorgende Mutter, einzige
Schwester, liebe Schwägerin und Tante

Fran Fabritbesitzerin

Ruth Papendick

geb. Seefeld

im 51. Lebensjahre in sein himmlisches Reich zu nehmen.

Im Namen der Hinterbliebenen
in tiefstem Schmerz

Rita Papendick

Olaf Papendick

Herta Papendick

Ilse Papendick

z. St. Cottbus

Arno Papendick.

Gniezno, den 13. Juli 1933.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 17. Juli,
3 Uhr nachmittags von der evangelischen Friedhofshalle
in Gniezno aus statt.

5352

Gestern starb nach langem schweren Leiden im
Städtischen Krankenhaus zu Danzig

Fran Fabritbesitzerin

Ruth Papendick

In tiefer Trauer stehen wir an der Bahre unserer
hochverehrten Chefin, die stets ein warmes Herz für
uns Angestellte und Arbeiter gehabt hat. Möge der
Allmächtige ihr vergelten, was sie an uns getan hat

**Die Angestellten und Arbeiter
der Maschinenfabrik Gebr. Papendick**

Gniezno, den 13. Juli 1933

5351

Statt Karten.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Hinsetzen meines
lieben Mannes und unseres guten
Vaters sagen wir allen, insbesondere
Herrn Pfarrer Schenk für die trost-
reichen Worte

5349

innigen Dank.
Familie Gebauer.

Znin, den 12. Juli 1933.

Musik- und poln. Sprachunterricht
wird billig erteilt 857 Pomorska 42, 5th., I., II.

Kirchenzettel.

Sonntag, den 16. Juli 1933, 5. Sonntag n. Trinitatis

* Bedeutet anschließende Abendmahlfeier.

Bromberg, Parus. 1 Landeskirchliche Ge-
meinschaft. Marcinkow-
ska (Sicherstraße) 3.
Borm. 8 Uhr Pf.
Wurmbach, Donnerstag
abends 8 Uhr Bibelstunde
im Gemeindehaus.

Evangel. 19 Uhr Gottesd., Pf.
Pfarr. Hejeliel, Dienstag
abends 8 Uhr Blaukreuz-
veranstaltung im Konfir-
mandensaal.

Christuskirche. Borm.
10 Uhr Pf. Wurmbach,
11½ Uhr Kindergottesd.,
Dienstag abends 8 Uhr
Bibelstunde des Jung-
männer-Vereins.

Luther-Kirche. Franken-
straße 44. Borm. 10 Uhr
Predigtgottesdienst, nachm.
3½ Uhr Jugendkund., 5 Uhr
Erbauungskunde.

St. Bartelskirche. Borm.
10 Uhr Gottesdienst*,
Mittwoch abends 8 Uhr
Kirchenchor.

Schleufenau. Vormittag
10 Uhr Gottesdienst, Pf.
Sichtermann, anschließend
Kindergottesdienst.

Ev.-luth. Kirche. Bome-
ster 25. Borm. 10 Uhr
Predigtgottesdienst, nachm.
3 Uhr Christenlehre, Pf.
Paulig, Freitag abends
7½ Uhr Missionsgottes-
dienst, Missionar Blumer.

Evangelische Gemein-
schaft, Töpferstr. (Dunn) 10
nachm. 4 Uhr Jugend-
kund., 8 Uhr Predigt-
dienst, Pred. Wede, Montag abds.
8 Uhr Singstunde.

Neuapostolische Ge-
meinde, Sniadeck 40.
Borm. 9½ Uhr Gottesdienst,
nachm. 3½ Uhr Gottesd.,
Mittwoch abends 8 Uhr
Gottesdienst.

Gesamt 5347

Pfand-Bersteigerung.

Im Auftr. des Rechts-
anwalts Herrn Zelen,
hier, Gdańsk 11, werde
ich am Montag, dem
17. Juli d.J., um 11 Uhr
vorm., a. d. Lagerplatz
der Speditionsfirma
C. Hartwig, Dworcowa
Nr. 54, meistbiet, gegen
bar nachsteht. Gegen-
stände verl.: 1 Mahag.,
Kleiderdr., m. Spiegel,
1 Biedermeierdr.,
Sekretär, 1 Vertilo, 1
Schreibst., mal. Säge,
1 Büßteppich, 4×5,
1 Kasten Silberbeete,
12 Peri. A. Mrozyński,
konzess. Bersteigerer u.
vereid. Gerichtslach-
städiger, Bydgoszcz,
ul. Gdańsk 10. 5321

Haft Du schon gekauft

Filme, Platten

für den Sonntag von

Centrala Optyczna,

Gdańska 9. 4987

Kacheln

weiß und farbig,
große Auswahl,
billigste Preise.

Chamotte-Steine

O. Schöpper,

Bydgoszcz — Zduń 9.

Wo?

wohnt der billigste
Uhrenmacher
und Goldarbeiter.

Schulz. Borm. 10 Uhr
Gottesdienst, 1/12 Uhr
Kindergottesdienst, nachm.
3 Uhr Frauenhilfe, Mitt-
woch abds. 7½ Uhr Bibel-
stunde.

Ottorau - Langenau.
Borm. 9 Uhr Begegnungs-
dienst, 8 Uhr Kinder-
gottesdienst.

Grünkirch. Borm. 10 Uhr
Predigtgottesdienst, 1/12
Uhr Kindergottesdienst.

Elendorf. Borm. 10 Uhr
Entebbitgottesd., anschl.
Kindergottesdienst, nachm.
7½ Uhr Jungmädchenf.

Öffl. Borm. 10 Uhr
Gottesdienst.

Weichselhorst. Borm.
10 Uhr Kindergottesdienst,
nachm. 3 Uhr Unterredung
mit der konstr. Jugend.

Gordon. Borm. 8 Uhr
Gottesdienst.

Natel. Nachm. 3 Uhr
Gottesdienst, Pf. Driemler

Gesamt 5347

Imprägnierte

Papiersäcke

zur

mottensicheren Aufbewahrung

von Pelzen, Mänteln und Kleidern

Stadt zt 2,50

A. Dittmann z. o. p., Bydgoszcz

Marszałka Focha 6 Telefon 61

Ich bin als Rechtsanwalt für
den Bezirk des Oberlandesgerichts
Thorn mit dem Sitz in Starogard
zugelassen

Stanisław Czajkowski,
Rechtsanwalt,
Starogard, Rynek 32, I.

Wir geben hiermit bekannt, daß
wir uns zur gemeinsamen Aus-
übung der Anwaltspraxis verbunden
haben

**Justizrat Dr. Leyde,
Stanisław Czajkowski,**
Rechtsanwälte,
Starogard, Rynek 32, I. 5367

Stoffe

Nur bei **KUTSCHKE**

Inhaber: **Fritz Steinborn** 4842

Tel. 1101 Bydgoszcz Gdańsk 3.

für Damen-
und Herren-
bekleidung
reell, gut und
preiswert

Chrl., saub., gew., bess.

Alleinmädchen

n. unt. 22 J. m. Koch.

Näh. u. Blättern.

Glanzpl.) z. 1. 8. gel.

Angeb. m. Lebenslauf,

Gehaltsanspr., Zeugn.

Abfr. u. W. 1396 an

Ann. - Exped. Wallis.

Toruń 5320

Weltl., ehrlich., fleißig.

Heirat

Mädchen v. Lande, 26 J.

alt, evang., mittelg.

wünscht solid. Herrn in

gel. Verhältn. zw. spät.

heirat. kennen z. leern.

eig. Whq. vorh.

Off. m. Bild u. Adr. unt.

A. 2555 a. d. Gesch. d. 3.

2603

Soldier Konditor, 38 J.

kindero. Chemann wünscht Briefwech.

m. Geschäftsdr. zweds.

Gründ. e. neuen Heims.

Offer. unter B. 5310

an die Geschäftsstelle

A. Kriede, Grudziądz.

Distrete, vorsichtige

Ehe - unbahnenng

für Lehrer, Beamte u.

Private. 5330

Fr. Wagner, behördl.

Ehevermittl., Poznań.

skrytka pocztowa 199.

Soldaten-Inspektor

m. prakt. u. theoret.

Ausbildung, sow. guten

Zeugn. und Empfehl.

der poln. Sprache in

Wort u. Schrift mächt.

8 Jahre Praxis, auch in

Verluchtring tätig gewesen,

sich bei be-
siederten Ansprüchen

von bald oder später

Stellung. Gefl. Off. u.

5. 2725 a. d. G. d. 3. erb.

Wirtschafts-Inspektor

m. langj. Prax., auf nur

sehr intensiv bewirkt.

größ. Gütern tätig, sucht

zum 1. 10. 33 früher

und. Wirkungskreis.

32 J. alt, ledig, deutsc.

tath., voln. Staatsbürg.

Gefl. Off. und. 5655 a. d.

Ann. - Exp. „Kosmos“.

Poznań. Zwierzyniecka 6.

2603

Brenner und

Löwenzahn

27 Jahre alt, verheirat.

sucht, sucht vom 1. 8. od.

später Stellung. Offert.

unt. A. 5292 a. d. G. d. 3.

Staatl. gepr

Bromberg, Sonnabend den 15. Juli 1933.

Pommerellen.

14. Juli.

Der Friedhof von Altvorwerk.

Bor einigen Monaten hatte uns der Friedhofsverwalter des Friedhofs von Altvorwerk ein Schreiben überliefert, das er im Namen der evangelischen Bewohner von Okonin, Engelsburg, Plement und Altvorwerk an die Starostei in Graudenz gerichtet hatte. Wir hatten diese Beschwerde in Nr. 52 der "Deutschen Rundschau" vom 4. März d. J. zum Abdruck gebracht. Am 4. April veröffentlichten wir eine Berichtigung des pommerellischen Wojewodschaftsamtes in Thorn in der gleichen Angelegenheit, der wir am 19. April wiederum eine Darstellung der tatsächlichen Vorgänge auf dem Friedhof in Altvorwerk folgen ließen.

Im Zusammenhang mit der erwähnten Beschwerde über die bedauerlichen Vorgänge wurde der Friedhofsverwalter von Altvorwerk mehrfach vernommen und jetzt sogar von der Starostei in Graudenz mit einem Strafmandat in Höhe von 50 Złoty oder von zwei Tagen Haft bedroht. Die Bestrafung wurde mit Art. 109 der Verordnung des Herrn Staatspräsidenten vom 22. März 1928 begründet. Die Anzeige an die Starostei soll nämlich unschickliche Ausdrücke enthalten und in einem der Würde der Behörde nicht entsprechendem Tone gehalten gewesen sein. Gegen diesen Strafbefehl wurde gerichtliche Entscheidung beantragt, über deren Ausgang wir noch berichten werden.

Von einer Bestrafung derjenigen Personen, gegen welche die Beschwerde über die Vorgänge auf dem evangelischen Friedhof von Altvorwerk gerichtet war, ist hingegen noch nichts bekannt geworden.

Graudenz (Grudziadz).

Abgesagte Stadtverwaltung-Beratung.

Für Mittwoch abend war eine außerordentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums angelegt worden. Sie hat aber nicht stattgefunden, weil sie vom Stadtverordneten-Vorsteher abberufen worden war. Der Grund der Absage der Sitzung hat darin bestanden, daß der Gegenstand, über den verhandelt werden sollte, nämlich der Protest der städtischen Angestellten und Arbeiter gegen die 25-prozentige Lohnherabsetzung, bereits auf anderem Wege eine gewisse Erledigung gefunden hat.

Am Tage vor dem Sitzungstermin war nämlich eine Sitzung der zuständigen städtischen Kommission anberaumt worden, in der die in Rede stehende Angelegenheit zur Behandlung kam. Stadtpräsident Modek sagte bei dieser Gelegenheit zu, die Sache zur Zufriedenheit der Angestellten und Arbeiter regeln zu wollen, ohne daß die angesetzte Stadtverordneten-Sitzung stattzufinden brauche. Und so fiel sie dann tatsächlich aus.

Es soll zwar bei der Reduktion der betreffenden Bezüge bleiben, aber doch nicht in dem Maße von 25 Prozent. Es soll angeblich 10 Prozent weniger, somit 15 Prozent Lohnherabsetzung erfolgen. Was in Wirklichkeit in dieser Hinsicht geschehen wird, darüber herrscht wohl bei den maßgebenden Stellen selbst noch keine absolute Klarheit.

Die diesmal abgerufene außerordentliche Stadtverwaltung sollte übrigens, worauf noch hingewiesen zu werden verdient, am Vorlage des Inkrafttretens des neuen Selbstverwaltungsgesetzes abgehalten werden. Dieses Gesetz sieht u. a. vor, daß die Stadtpräsidenten bzw. Bürgermeister von nun an an Stelle der Stadtverordneten-Vorsteher die Sitzungen der Stadtverordneten-Kollegien zu leiten haben. Der bisherige Vorsteher, Rechtsanwalt Szycowski, der etwa ein Dutzend Jahre den Posten bekleidet hat, wird somit in Zukunft diese Funktion nicht mehr ausüben. Durch den Ausfall der für Mittwoch bestimmt gewesenen Sitzung hat er, gewiß an seinem Bedauern, keine Gelegenheit mehr gehabt, diesen notwendig gewordenen Rücktritt noch in eine äußerliche Abschiedsform zu kleiden.

× **Berdächtige Sammler.** Wie der "Dzień Grudz." berichtet, versuchen gewisse Leute sich auf unzulässige Weise Geld zu verschaffen. Sie veranstalten eine Sammlung zu gewissen Zwecken und besuchen dazu kaufmännische Betriebsfirmen. Diese Firmen wird vor dem Besuch von unbekannter Seite telefonisch erklärt, daß die Adjunktur des Platzkommandos die betreffende Sammlung amtlich empfehle. Auf eine an diese Behörde gerichtete Anfrage ist von ihr kategorisch die Erklärung abgegeben worden, daß die erwähnten telefonischen Empfehlungen selbstverständlich nicht in ihrem Auftrage gegeben worden seien, so daß sie mit der Sammlung überhaupt nichts zu schaffen habe.

× **Ein weiteres Weichselopfer.** Wie Frau Maria Poforska, Oberbergstraße (Radogóra) 42, der Polizei gemeldet hat, ist am Dienstag nachmittag gegen 14 Uhr ihr 7-jähriger Sohn Edmund beim Baden in der Weichsel ertrunken. Die Leiche wurde kurze Zeit später an der Unglücksstelle aufgefunden und in die Halle des städtischen Krankenhauses geschafft.

× **Autozusammenstoß.** An der Ecke der Pohlmannstraße (Mickiewicza) und der Börgenstraße (Sienkiewicza) stießen am Mittwoch nachmittag zwei Kraftwagen, und zwar das Personenauto P M 54 468 und die Autodroschke P M 50 325, zusammen. Beide Automobile trugen leichte Beschädigungen davon.

Thorn (Toruń).

Das Hochwasser kommt! Von Mittwoch bis Donnerstag früh nahm der Wasserstand der Weichsel am Thorner Pegel um 27 Zentimeter zu, so daß er gegen 7 Uhr morgens eine Höhe von 1,18 Meter über Normal erreicht hat. Das Wasser wächst langsam weiter an. — Eingetroffen sind Dampfer "Halla" und Schlepper "Kotowice" mit einem Kahn Mehl. Auf der Fahrt von Danzig nach Warschau machten Passagierdampfer "Mickiewicz" und Schlepper "Gdańsk" mit vier Kähnen hier Station. Auf der Fahrt in umgekehrter Richtung legte der Passagierdampfer "Mars"

hier an. Auf der Fahrt Dirschau-Warschau passierte Salondampfer "Francja". Dampfer "Herold" fuhr von hier nach Bromberg und kam von dort wieder zurück.

† **Erneute Brotverteilung.** Nach der letzten Brotpreiserhöhung am 4. d. M. ist der Preis durch den Stadtpräsidenten im Einvernehmen mit der Bäckerei jetzt wiederum etwas erhöht worden. Ein Zweipfundbrot aus 65-prozentigem Roggenviehl kostet jetzt 0,40 Złoty.

† **Gründung eines Handbau-Vereins.** Im Sitzungssaale der Pommerellischen Wojewodschaft fand am letzten Donnerstag eine Versammlung statt, in der die Möglichkeiten des Baues eigener Kleinhäuser für geistige Arbeiter besprochen wurden. Der Magistrat hat sich bereit erklärt, an der Kasernen- und Ulanenstraße (ul. Kościuszki und Reja) 70 Parzellen zu je 50 Quadratmetern kostenlos abzugeben. Direktor Sobolewski von der Pommerellischen Landes-Darlehnskasse gab eine ausführliche Kostenauflistung, nach der sich der Bau eines Häuschens mit 3 bis 6 Zimmern auf etwa 8 bis 12 000 Złoty beläuft. Die Finanzierung der Bauten soll durch Darlehen der Landes-Wirtschaftsbank erfolgen, die für jedes Haus bis zu 8000 Złoty kreditieren kann. Außerdem will der Magistrat Bauaufträge insofern entgegenkommen, als er Ziegel aus der Ziegelei in Rudat zu langfristigen Zahlungsbedingungen abgeben will. Die erschienenen Interessenten beschlossen darauf die Gründung eines Vereins und übertrugen die Vorstandsämter an die Herren Versicherungsdirektor Chwastek, Bankdirektor Wojciechowski, Arbeitsinspektor Wróblewski, Rechtsanwalt Dr. Monne und Ingenieur Pasternak. Der Verein will die Bauten beginnen, sobald entsprechende Kredite durch die Landes-Wirtschaftsbank eingegangen sein werden.

† **Ein Aprilscherz wird Wirklichkeit.** Unser diesjähriger Aprilscherz "Thorn im Tonfilm" ist schneller als geplant Wirklichkeit geworden. Wir haben bereits berichtet, daß Montag vormittag eine Tonfilmaufnahme am Coppernicus-Denkmal gemacht wurde. Mittwoch nachmittag konnte man nun den auf dem Dache einer Limousine montierten Aufnahmegerät bei der Arbeit in verschiedenen Straßen, die durchfahren wurden, beobachten. Donnerstag früh hielt das Aufnahmegerät wiederum in der Nähe des Coppernicus-Denkmales: es wurde der das tägliche Mittagsignal auf dem Rathaussturm blasende Feuerwehrmann gefilmt. Hierauf erfolgte eine Aufnahme des Geläutes der St. Johanniskirche.

† **Die Straßenbahnenwagen der Linie I (Stadtbahnhof—Bromberger Vorstadt)** sind seit Donnerstag früh mit Plakaten versehen, aus denen hervorgeht, daß sie zu der Jubiläums-Ausstellung "Das zeitgenössische Thorn" fahren.

† **Ausslagsverlehr.** Am Mittwoch statteten 35 Mitglieder des Eisenbahner-Ferienlagers in Aleksandrowo (Aleksandrów Kuj.) und 33 Schüler eines Warschauer jüdischen Gymnasiums unserer 700jährigen Stadt einen Besuch ab.

* **Im Schlafe starb geworden.** Ein in kümmerlichen Verhältnissen lebender, etwa 36 Jahre alter Stuhlflechter in Thorn hatte in der Nacht zum Sonntag einen Traum, der ihn derart aufregte, daß er die Sprache verlor. Der Unglückliche kann sich jetzt nur schriftlich verständigen.

† **Ein eigenartiger Unfall ereignete sich** Mittwoch mittag in der Kasernenstraße (ul. Kościuszki). Als Jan Sobczak mit seinem Wagen am Hause Nr. 8 vorüberfuhr, trat das Pferd auf die unterirdische Beführung der elektrischen Stromleitung. Es erhielt einen elektrischen Schlag, der es auf der Stelle tötete. Das benachrichtigte Werk entsandte sofort Monteure, die die Beführung isolierten und jede weitere Gefahr ausschlossen.

† **Leichenfund.** Die Leiche des am Sonntag beim Baden in der Weichsel ertrunkenen Unteroffiziers Szewczuk wurde am Mittwoch im Strom gesichtet und geborgen.

† **Die Rettungsbereitschaft lieferte Dienstag vormittag den 40 Jahre alten Stanisław Braun,** ohne ständigen Wohnsitz, in das städtische Krankenhaus ein. Er hatte auf dem Friedhof der St. Johanniskirche einen Schwächeanfall erlitten.

† **Vermisstenanzeige.** Der Bäckerstraße (ul. Piekarz) 26/28 wohnhafte Kawery Murawski zeigte der Polizei an, daß die 12 Jahre alte Marta Grzelak, die in seinem Hause erzogen wird, sich am 6. d. M. fortgegeben habe und bisher noch nicht zurückgekehrt sei. Die Polizei hat die Suche nach dem verschwundenen Mädchen eingelegt.

Graudenz.

Gerhard Berfälle.

Der Verstorbenen war uns stets ein lieber guter Kamerad, pflichtstätig und treu, zu den besten Hoffnungen berechtigt. Sein Andenken werden wir stets bewahren.

Sportclub S. C. G.

J. A. Dudau.

Wenn bis
nachmittags 3 Uhr
die Anzeigen-Aufträge für die "Deutsche Rundschau" bei der Hauptvertreibsstelle
Arnold Kriedte, Mickiewicza 3
ausgegeben werden, können die
Anzeigen bereits in der am nächsten Tage
nachmittags 4 Uhr zur Ausgabe gelangenden
Nummer erscheinen.

Die "Deutsche Rundschau" ist die verbreitetste deutsche Zeitung in Polen. Sie wird in allen deutschen u. vielen polnisch-familien gelesen. Anzeigen und Reklamen jeder Art finden daher die größte Verbreitung und verbürgen guten Erfolg.

Deutsche Rundschau in Polen.

Zu einer ersten Stelle a. mein Fabrik- und Geschäftshaus in Grudziadz, im Mittelp. der Stadt geleg. Off. u. R. 5343 an die Geschäftsst. A. Kriedte, Grudziadz.

† **Wegen versuchter Expressung** wurden am Mittwoch zwei Personen festgenommen, wegen Hehlerei gestohlene Bettw. und Wäsche sowie wegen Trunkenheit und Ausschreitungen je eine Person. — Zur Anzeige gelangten acht Kleinere Diebstähle und eine Gedrängerei in Höhe von 35 Złoty. Zur Protokollierung gelangten fünf Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften.

† **Diebstahlversuch.** Dem Jan Lugiewicz, Sandstraße (ul. Piaskowa) 1 wurde von einem Unbekannten für etwa 80 Złoty Wäsche gestohlen, dem in der selben Straße Nr. 7 wohnhaft Jan Bartoszyński das im Holzstall aufbewahrte Fahrrad. Dem Karol Marasi, ul. Jagiellońska 14, verschwand für rund 600 Złoty Schmuckstücke. Der Restaurateur Sadowski, Schlachthofstraße (ul. Przy Rzeźnicy) büßte neben 8 Złoty Bargeld aus der Ladenkasse noch für ungefähr 100 Złoty alkoholische Getränke und Tabakwaren durch Diebstahl ein. Aus dem Garten von Jan Górk, ul. Łukowa 15, ernteten Unbekannte etwa zwei Sentner Kartoffeln.

† **Aus dem Landkreise Thorn,** 13. Juli. Bei dem Gewitter am Dienstag nachmittag schlug ein Blitz in einen Strohstaken des Gutsbesitzers Joachim Krüger in Alt-Thorn (Starzy-Toruń). Der Staken, der einen Wert von etwa 800 Złoty hatte, verbrannte vollständig. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

† **Gulmsee (Chełmża),** 13. Juli. Ertrunken ist beim Baden im Archidiakon See der 21 Jahre alte Józef Ossowski, der hier in der Baracke Nr. 4 wohnhaft war. Seine Leiche wurde nach acht Stunden gefunden.

Ein Jahrmarkt für Vieh, Pferde und Schweine wird hier am Mittwoch, 19. Juli, an der Ecke der Padrewski- und Mieckiewiczstraße abgehalten.

† **Löbau (Lubawa),** 13. Juli. Zwei Brände im Landkreise. Montag vormittag wurden Wohnhaus, Stall, Scheune und zwei Nebengebäude (alles unter einem Dach), dem Franciszek Słupski in Kamionka gehörend, durch Funkenflug aus dem Schornstein aufs Strohdach völlig eingeebnet. Der Schaden von etwa 4000 Złoty ist durch Versicherung gedeckt. Am Nachmittag desselben Tages brannten in Balówka Male die Scheune mit Futtervorräten, Vieh- und Holzstall sowie einige landwirtschaftliche Maschinen und Gerätschaften zum Schaden des Landwirts Otto Goering ab. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Die Baulichkeiten sind mit 11 400 Złoty, das lebende und tote Inventar mit 3000 Złoty versichert.

† **Löbau (Lubawa),** 13. Juli. Vor dem hier tagendem Bezirksgericht aus Thorn wurden neulich verurteilt: Winiarski und Pietrusiński wegen versuchter Flucht aus dem hiesigen Arrestlokal zu je 6 Monaten Gefängnis, und der Arbeiter Jan Fiaszyński wegen Schmuggels von vierzehn Feuerzeugen aus Deutschland zu 1050 Złoty Geldstrafe bzw. zu 52 Tagen Gefängnis. Außerdem mußten die Brüder Antoni und Julian Klein auf der Anklagebank Platz nehmen. Sie hatten seinerzeit bei einem Restaurant gespeist und getrunken und wurden rassistisch, als es die Belegschaft bezahlen galt. Ein Schuhmann hatte dann Mühe, die beiden zur Legitimation zur Wache zu bringen. Antoni als der Hauptverüchter wurde zu 3 Monaten Gefängnis mit Straffauschub auf 2 Jahre verurteilt, sein Bruder kam mit Freisprechung davon.

† **Neustadt (Weißerow),** 13. Juli. Der Diözesanbischof Dr. Okoniewski-Pelplin hat auf seiner Besuchsreise auch unsere Stadt mit seinem hohen Besuch beeindruckt. Er erschien Dienstag gegen Abend in einem Auto. Von mehreren Händlern wehten weiße Fahnen. Abends konzertierte dem hohen Würdenträger zu Ehren einer Musikkapelle im Pfarrgarten; katholische Gesangvereine brachten ihm als Ovation zahlreiche Lieder zu Gehör. Nach Spendung der hl. Firmung begibt sich heute Bischof Okoniewski nach Lusin.

Ein schwerer Unfall auf der Chaussee Gdingen-Dąbroszki fiel die in Gdingen zur Erholung weilende Katarzyna Marinak zum Opfer, als sie bei einem Spaziergang kurz vor dem Heraufkommen eines Lastwagens, welches Warnungssignale abgab, die Chaussee überqueren wollte, von dem Gefährt ergriffen und zu Boden geschleudert wurde, wobei ihr der rechte Arm gebrochen wurde, und sie noch andere Verletzungen davon trug, so daß ihre Überführung ins Spital erforderlich war.

Thorn.

Zurückgekehrt!

Dr. Kunz
Augenarzt
Toruń.

5341

Für meine Eisenhandlung suche ich per 1. August

einen Lehrling

mit guter Schulbildung. Deutsch und Polnisch

in Wort und Schrift. Schriftliche Angebote an

Paul Tarreh, Toruń.

5266

Ißhler mit eigenem Werkzeug,

sucht Belegschaft. Ang. u. C. 1335 an Lin. Exp. Wallis, Toruń, erb. 4668

Butterbrotpapier

Pappsteller

Papier-Servietten

Justus Wallis, Papier-Handlung, Szeroka 34, 5111

Gold u. Silber.

Hoffmann, Goldschmiede, Pietras 14.

Kaufe Gold u. Silber.

Hoffmann, Goldschmiede, Pietras 14.

Kaufe Gold u. Silber.

Hoffmann, Goldschmiede, Pietras 14.

tz Konitz (Chojnice), 13. Juli. Gestern fand die letzte Stadtverordnetenversammlung nach der alten Städteordnung statt. Heute tritt bereits das neue Selbstverwaltungsgesetz in Kraft. Der Bürgermeister gab hierüber einen längeren ausführlichen Bericht und beantwortete verschiedene darauf bezügliche Fragen. Anschließend dankte er dem alten Kollegium und besonders dem langjährigen Stadtverordnetenvorsteher Kopicki für seine gemischaute, unparteiische Geschäftsführung. Herr K. dankte in warmen Worten. Klar und offen wäre bisher die Arbeit gewesen und das wäre das Verdienst des preußischen Ministers Stein, der uns vor rund 100 Jahren das alte, bewährte System geschenkt hat, das uns immer mit Stolz und Zufriedenheit erfüllte. Er schloß mit einem Hoch auf die Stadt und die Republik Polen.

Der 14jährige Sohn Jan des Eisenbahners Jachcki aus Krojanty sprang, ohne schwimmen zu können, an einer tiefen Stelle in den Teich bei Jastrowken und ertrank. Die Leiche konnte erst am nächsten Tage geborgen werden.

In Gontowice ereignete sich ein ähnlicher Fall. Dort ertrank der 16jährige Stanislav Bortowen an einer tiefen Stelle einer Torsaula. Er war ebenfalls Nichtschwimmer.

In Myszkendorf konnte in letzter Minute ein Soldat aus dem Wasser geholt werden, der nach dem Hineinragen nicht wieder hoch kam. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg.

Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurde gegen die zweite Frau des Landwirts Szamocki und ihren Mann erstattet, die das dreijährige Kind aus der ersten Ehe ihres Mannes grausam misshandelten und fast verhungern ließen. Der Vater ließ diese unmenschliche Behandlung zu. Die Ermittlungen der Polizei ergaben die Richtigkeit der Beschuldigungen.

Von der verstärkten Strafkammer des Konitzer Bezirksgerichts wurde der bereits siebenmal vorbestrafte Einbrecher Baremba zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust und sein Komplize zu 18 Monaten Gefängnis und ebenfalls 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die beiden hatten im April d. J. in Iggiel, Paglau und Menschitschal verschiedene Einbrüche verübt.

+ Pułtusk (Puck), 13. Juli. Feuer brach gestern kurz nach Mitternacht aus bisher ungeklärter Ursache aus und äscherte die Wohnhäuser von Julius und Laff und Marta Böber, die zusammen etwa 22 000 Zloty Wert besaßen, ein. M. ist um 3% Tausend Zloty unverzichtbar.

P Landsburg (Liebork), 13. Juli. Unter zahlreicher Teilnahme aus der nahen und fernen Umgegend feierte die evangelische Gemeinde im nahen Sino am vergangenen

Das neue Selbstverwaltungsgesetz.

Der 13. Juli 1933 war ein geschichtlicher Tag im Leben der polnischen Selbstverwaltungen. Mit diesem Tage ist das neue Selbstverwaltungsgesetz vom 23. 3. d. J. in Kraft getreten, das im Dziennik Ustaw Nr. 35 vom 13. Mai d. J. veröffentlicht wurde. Der Titel des Gesetzes lautet zwar „Gesetz über eine teilweise Änderung der territorialen Selbstverwaltung“, stellt jedoch ein umfangreiches Dokument dar, das weitgehende grundsätzliche Änderungen in dem verwaltungstechnischen Gefüge der Mehrzahl der polnischen Städte einführt.

Nach dem Gesetz steht an der Spitze der städtischen Selbstverwaltung der sogenannte Gemeindenvorsteher (d. h. der Präsident, der Bürgermeister), der allein ermächtigt ist, die Stadt nach außen zu vertreten und selbst die vollkommene Verantwortung für die Wirtschaft der von ihm verwalteten Stadt trägt. Der „Gemeindenvorsteher“ führt auch den Vorstand in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, wodurch die besonderen Präsidenten der Stadtverordnetenversammlungen aufgelöst werden. Er ist auch Vorsitzender in den von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Kommissionen. Die in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache zu bringenden Angelegenheiten müssen zuerst auf die Tagesordnung des Magistrats gesetzt werden.

Der von der Stadtverordnetenversammlung gewählte „Gemeindenvorsteher“ wird von der zuständigen Staatsaufsichtsbehörde bestätigt, die ohne Angabe von Gründen die Kandidatur ablehnen und einen vorläufigen kommissarischen „Gemeindenvorsteher“ einsetzen kann. Die „Gemeindenvorsteher“ unterstehen dabei gleichzeitig zwei Aufsichtsbehörden: 1. dem Burgratosten, soweit es sich um rein ausführende Handlungen handelt, 2. dem Wojewoden, sofern es sich um Entscheidungen handelt. Der Wojewode hat das Recht, die Präsidenten, Vizepräsidenten, Bürgermeister und Vizebürgermeister mit Geldstrafen zu belegen; sie unterscheiden sich also wenig von den Staatsbeamten. Der Gemeindenvorsteher kann in bestimmten Fällen die Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats verhindern.

Der Magistrat setzt sich aus beruflichen und nichtberuflichen Mitgliedern zusammen. Nur die beruflichen Mitglieder des Magistrats (Kollegium) beziehen ein ständiges Gehalt und haben das Recht auf Pension. Dagegen erhalten die nichtberuflichen Mitglieder des Magistrats Tagegelder für die Teilnahme an Magistratsitzungen oder eine einmalige oder ständige Abfindung für genau bezeichnete Tätigkeiten, allerdings nur in dem Falle, wenn sie nachweisen, daß sie durch diese Tätigkeit in ihrem Berufsmaterial geschädigt werden. Das Kollegium des Magistrats ist nach den Bestimmungen des Gesetzes ein beratendes Organ für den Gemeindenvorsteher. Dem Schöffen ist es nach dem neuen Gesetz ohne die Genehmigung des Gemeindenvorstehers nicht gestattet, bei den städtischen Beamten Informationen über den Stand der städtischen Angelegenheiten einzuholen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung wird eher ein Organ sein, das dem Gemeindenvorsteher unterstellt ist. Eine Ausnahme bildet die Revisionss-Kommission der Stadtverordnetenversammlung, die allein eine Stadtverordnetenkommission darstellt, in welcher der Vorsteher oder ein Mitglied des Magistrats nicht den Vorsitz führen darf; für diese Kommission wird der Vorsitzende von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die Stadtverordnetenversammlung hat u. a. das Verwaltungsorgan (Magistrat) zu wählen, die Kontrolle über seine Tätigkeit auszuüben, sowie die Normen und Grundsätze für die Gemeindeverwaltung und die Gemeinde wirtschaft festzulegen. Die Stadtverordnetenversammlung ist verpflichtet, dem Verwaltungsorgan die Generalfollemacht zu geben; dagegen unterliegen der Zuständigkeit der Magistrat nicht über-

Sonntag ihr diesjähriges Posaunenfest. Nach Einleitung der Feier durch den Landsberger Posaunenchor hielt Pastor Lassahn - Landsberg die Begrüßungsansprache. Im weiteren Verlauf des Festes, welches durch Gesangs- und Posaunenwörter versöhnt wurde, hielt Prediger Hoss - Praust in eindrücksvollen Worten die Predigt. Das Fest fand seinen Abschluß mit einem gemeinsamen Lied.

Auf der am heutigen Donnerstag durch die Oberförsterei Klein-Lutan im Lokal Szkoła in Landsberg abveranstalteten Holzversteigerung gelangte bei schwachem Besuch der Meter Brennholz aller Arten zum Taxenpreis von 6,00—8,50 zł. an den Meistbietenden.

Laut Bekanntmachung vom 13. d. M. ist eine weitere Brotpreiserhöhung erfolgt, so daß der neue Preis für 1 Kilo Roggenbrot 0,40 Zloty beträgt, das ist bereits die dritte Preiserhöhung binnen 14 Tagen.

Bei reichlicher Belieferung des heutigen Wochenmarktes kostete Butter pro Pfund 1,20, Eier die Mandel 0,80—1,00. Auf dem Schweinemarkt brachte das Paar Ferkel 18,00 bis 26,00 Zloty.

+ Zempelburg (Sepolno), 13. Juli. Durch weitere Erhöhung des Brotpreises kostet 1 Kilo Roggenbrot 0,40, eine Weizenmehl-Semmel (50 Gramm) 0,05. Fleisch- und Wurstpreise sind unverändert geblieben.

Unter den Schweinebeständen der Besitzer Miodzik in Smilowo und Radtke in Kamion ist amtlich die Rotauffassung festgestellt worden. Erloschen ist die Seuche auf dem Gehöft des Besitzers Rudelski in Wordel.

Am Sonntag nachmittag fand in dem Wäldchen des Gutsbesitzers Gustaw Schwarz das Kinderfest der hiesigen Sonntagsschule statt. Die auf mehreren Leiterwagen zum Festplatz beförderten Kinder wurden zunächst mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Unter Leitung der Schwester wurde sodann durch allerlei Spiele und Reihen, an denen auch die reifere Jugend teilnahm, für die Unterhaltung der Kinder gesorgt. Erst mit Anbruch der Dunkelheit wurde die Heimfahrt angetreten.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Warschau, 11. Juli. (PAT). Auf der Linie der Wilanower Kleinbahn ist in der Nähe der Station Powiszi aus unbekannter Ursache ein aus drei Waggons und der Lokomotive zusammengesetzter Personenzug gestern entgleist. Hierbei wurden acht Personen, darunter vier schwer verletzt. Die Schwerverletzten wurden nach Erteilung der ersten Hilfe in ein Krankenhaus nach Warschau geschafft.

Unsere Postabonnenten

werden gebeten, dem Briefträger, der in diesen Tagen wegen der Abonnements-Erneuerung vorschreibt, den Bezugspreis für den Monat August gleich mitzugeben. Nur dann kann auf ungestörten Fortbezug der Zeitung gerechnet werden. Der Briefträger nimmt auch Neubestellungen entgegen.

Monatlicher Bezugspreis 4,89 zł.

der Stadtverordnetenversammlung, folgende wichtige Fragen:

1. die Aufnahme von kurzfristigen Anleihen nach den von der Stadtverordnetenversammlung bestimmten Grundzügen;
2. die Festsetzung der Gebühren für die Benutzung der Gemeindeeinrichtungen und -Unternehmungen (Preise für Gas, elektrisches Licht, Wasser, Straßenbahn-Fahrkarte usw.);

3. die Entscheidung über die Verpachtung von Immobilien, Anstalten und Unternehmungen für eine Dauer, die sechs Jahre nicht übersteigt, sowie die Erteilung von Konzessionen für dieselbe Zeitspanne für Anstalten, Unternehmungen usw. Aus allem ist zu ersehen, daß die eigentlichen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Funktionen in der Gemeinde auf Grund des neuen Gesetzes auf die Gemeindeverwaltung übergehen, und daß die Stadtverordnetenversammlung mehr als ein beratendes Organ in Frage kommt.

Dieser ersten Änderung in der Kommunalverwaltung werden bald andere folgen, vor allem die Wahlen zur neuen Stadtverordnetenversammlung auf Grund des veröffentlichten Selbstverwaltungsgesetzes. Der Termin dieser Wahlen ist vorläufig noch nicht bekannt. Sie können in der nächsten Zeit erfolgen, spätestens aber im Frühjahr des kommenden Jahres. Allgemein wird jedoch mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß schon im Herbst dieses Jahres gewählt werden wird. Nach dem neuen Selbstverwaltungsgesetz wird Bromberg statt der bisherigen 60 nur 48 Stadtverordnete wählen. Die Wahlordnungen werden vom Innenminister bestimmt. Das aktive Wahlrecht steht Personen nach dem vollendeten 24. Lebensjahr und das passive nach vollendetem 30. Lebensjahr zu. Die Stadtverordneten werden in den einzelnen Wahlbezirken in namentlicher Abstimmung gewählt. Die Zahl der Kandidaten auf den einzelnen Listen darf nicht die dreifache Zahl der auf den betreffenden Wahlbezirk entfallenden Stadtverordneten-Mandate übersteigen. Jeder Wähler verfügt nach dem Gesetz über soviel Stimmen als Stadtverordnete in dem betreffenden Wahlbezirk gewählt werden. Verringert sich im Laufe der Runden die Zahl der Stadtverordneten um 20 Prozent, so können die Verwaltungsbehörden Ergänzungswahlen anordnen, wobei die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke beibehalten oder geändert werden kann.

Im Rahmen eines Artikels haben wir nur die am meisten in die Augen fallenden grundsätzlichen Änderungen berücksichtigen können. Wir nehmen an, daß wir noch öfter Gelegenheit haben werden, auf die einzelnen Bestimmungen näher einzugehen. Erwähnt sei noch, daß der Präsident der Republik ermächtigt ist, im Laufe von drei Jahren auf dem Wege einer Verordnung mit Gesetzeskraft besondere Statuten über die territoriale Selbstverwaltung der Städte Krakau, Lemberg, Lodz, Posen, Warschau und Wilna zu erlassen.

Regierungsmaßnahmen

zur Förderung der Landwirtschaft in Polen.

(Von unserem ständigen Warschauer Beobachter)

Die am Dienstag abgehaltene Sitzung des Wirtschaftskomitees des Ministerrates galt u. a. den akuten Problemen der Agrarpolitik. Hauptthema wurde die weitere auf die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Artikel gerichtete Aktion erwogen. Die in den vergangenen Jahren getroffenen Maßnahmen haben der Landwirtschaft beträchtliche Vorteile gebracht. Ihnen sei es zu verdanken, daß die Einkünfte, welche die Landwirtschaft im Jahre 1932/33 aus dem Verkauf der Hauptgetreidearten: Roggen, Weizen, Hafer und Gerste erzielt hat, eine Steigerung um 350 Millionen Zloty erfuhr. Die Regierung hat daher beschlossen, im neuen, vom August an beginnenden Wirtschaftsjahr dieselben Mittel anzuwenden, die sich in vergangenen Jahren als vorteilhaft erwiesen haben. U. a. wird die Aktion der Interventionseinheiten durch die staatlichen Getreideanstalten fortgesetzt werden; das wirtschaftliche Komitee des Ministerrats hat den Plan dieser Intervention für das Jahr 1933/34 festgelegt.

Eine Reihe der vorbereitenden Arbeiten der Regierung gelten auch der Frage der Absatzsteigerung der Viehzuchtprodukte.

In letzterer Zeit hat das Innenministerium eine Aktion zur Herabsetzung der Marktgebühren durchgeführt. Dem wirtschaftlichen Ministerkomitee wurde ein Bericht über diese Aktion vorgelegt, aus welchem hervorgeht, daß in manchen Ortschaften eine Herabsetzung der Marktgebühren um 30—60 Prozent erfolgt ist.

In der Sitzung vom 11. d. M. wurde endlich das Reglement einer interministeriellen Kommission zur Förderung des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Produkten beschlossen, welcher die Aufgabe zufallen wird, die ihr für die Intervention im Bereich der Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Artikel zur Verfügung gestellten Mittel rationell zu verwenden.

Einmal säen — fünf Jahre ernten!

Vom Kaiser-Wilhelms-Institut für Buchungsforschung in Müncheberg bei Berlin werden erstaunliche Erfolge berichtet, an deren Ernsthaftigkeit man bei diesem 1400 Morgen umfassenden Institut mit seinen weiten Kornfeldern, riesenhaften Obstplantagen, Treibhäusern, Gemüsegärten usw. nicht zweifeln kann.

In Müncheberg hat man unter anderem eine Gerste gezüchtet, die einmal gesät, 5 bis 6 Jahre lang geerntet werden kann. Weiter hat man im Kampf gegen die Überproduktion an Roggen deutschen und schwedischen Weizen mit südosteuropäischen Sorten in jahrelanger Arbeit gekreuzt und hofft, so Deutschland von der ausländischen Weizeneinfuhr freimachen zu können. Außerdem hat man mit dem Weizen ein im Mittelmeergebiet vorkommendes Gras gekreuzt, aus welcher Verbindung ein gegen Krankheit äußerst widerstandsfähiger Weizen mit besonders vollen Ähren entstanden sein soll, der sich auch durch frühe Reife auszeichnet. Auf ähnliche Weise ist man zur Züchtung von frostfreien Kartoffelforten gelangt, indem man deutsche Kartoffelforten mit wilden Erdfrüchten kreuzte, die in Mittelamerika in 4000 Meter Höhe vorkommen. In den Treibhäusern hat man in Müncheberg Weinreben gezüchtet, die gegen Nebel und Meldau immuun sein sollen. Als besondere Kuriosität sei erwähnt, daß es in Müncheberg schon Schweine gibt, denen die Männer und Frauen nichts mehr anhaben kann. Dieses Resultat ist durch Kreuzung europäischer Schweine mit südamerikanischen Wildschweinen erzielt worden.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 16. Juli.

Königs Wusterhausen.

06.00: Von Berlin: Funkgymnastik. 06.15: 1. Wiederholung der wichtigsten Abendnachrichten. Anschl.: Von Hamburg: Hafenzug. 08.00: Stunde der Scholle. 08.55—09.30: Morgenfeier. 11.00: Kurt Eggers liest „Gedichte des neuen Deutschland“. 11.30: Im Dorfring. 12.00: Von Hamburg: Konzert. 14.00: Märchenstücke. 15.00: Schallplatten für Kinder. 16.00: Von Frankfurt: Konzert. 17.00: Siegfried von der Trenk liest aus eigenen Werken. 17.30: Dr. Otto Frederic: „Die singende Sage“. Flügel: Herbert Jaeger. 18.25: Frau Dr. Brüning: Der internationale Mädchenhandel. 18.45: Meer und Berge und Tannen, ein Wort- und Tonbild, zusammengestellt v. Fritz Lautsch. 20.00: Der Sport des Sonntags. 20.15: Von Mühlacker: Walzer und Polka. 21.30: Du mich auch. Satirische Hörfolge mit Gedichten. 22.15: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.00—00.30: Von Berlin: Unterhaltungsmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.15: Von Gleiwitz: Konzert. 08.15: Beiträge der Woche. 08.25: Schachfunk. 09.55: Glockengeläut. 10.00: Evangelische Morgenfeier. 14.00: Mittagsberichte. 15.00: Kinderfunk. Till Eulenspiegel zieht durch die Welt. Hörspiel für Kinder. 16.00: Kurzkoncert. 17.40: Von Berlin: Erforschung tut not! 19.15: Wetter für den Landwirtschaft. 20.05: Von Königsberg: Konzert. 21.00: Ferien der Daheimgebliebenen. 22.15: Zeit, Wetter, Nachrichten, Sport. 22.45—24.00: Von Berlin: Unterhaltungskonzert.

Königsberg-Danzig.

06.15: Wetter. 06.20: Konzert. 08.00: Von Danzig: Katholische Morgenfeier. 09.00: Evangelische Morgenandacht. 11.30: Norddeutsche Orgelmeister vor Joh. Seb. Bach. Dr. Herbert Kellertar, auf dem Barockorgel des Albertus-Universitäts. 12.00: Aus dem Kurgarten Boppo: Konzert. 14.30: Jugendstunde. 16.00: Konzert. 18.30: Liederstunde Schubert-Schumann. 19.10: Sportfunk. 20.00: Aus dem Kurgarten Boppo: Konzert. 22.05: Nachrichten, Sport. 22.15: Unterhaltungskonzert.

Leipzig.

06.00: Von Berlin: Funkgymnastik. 06.20: Konzert. 07.50: Landwirtschaftsfunk. 08.20: Morgenandacht. 09.00—10.00: Morgenfeier. 11.00: Wir und die Familie. 12.00: Konzert. 14.00: Wetter, Zeit. 15.00: Volkskunststunde der Elsässer-Spiele. 16.00: Elbdamperfahrt. Wir begleiten mit dem Kurzwellensender einen Elbdamper auf seiner Fahrt durch die Sächsische Schweiz. 17.00: Zur Kaffeestunde. Sinf.-Orch. 18.25: Von Deutscher Rundfunk: Der internationale Mädchenhandel. 18.50: „Kämpfende Jugend“. Hörspiel von Rudolf Fischer. 19.30: Professor Fritz v. Boeck spielt eigene Kompositionen. 20.00: Meisterschaft von Deutschland im Vierer-Vereins-Mannschaftsfahren über 100 Kilometer in Dresden. 20.25: Der Staat spricht. 20.30: Blaskonzert. 22.05: Nachrichten. Anschl. bis 24.00: Tanz- und Unterhaltungsmusik.

Moskau „Trabanten“ in Europa.

Der dem konservativen Lager des Regierungsblocks angehörende Abgeordnete Mackiewicz setzte sich mit seinem Organ, dem *Wilnaer "Słowo"* neuendings in einem dritten Artikel mit denjenigen Teil der polnischen Presse auseinander, der die in London abgeschlossenen Ostpakt mit außergewöhnlicher Begeisterung aufgenommen hatte, welche allerdings in der letzten Zeit wahrscheinlich infolge der bedrohlichen inneren und außenpolitischen Lage in Sowjetrußland eine merkliche Abflachung erfahren hat. Dieser dritte Aufsatz trägt die Überschrift „Die Sowjetunion organisiert Drahtzieher in Europa“ und verrät eine subtile Kenntnis der russischen Psyche. Wir lesen darin u. a.:

— Worauf man sich am meisten wundern muß — das ist die Ignoranz in sowjetrussischen Fragen. Unsere Publizisten schreiben immer noch von einer russischen Außenpolitik. Ein Russentum als Willensenergie gibt es aber nicht und kann es auch nicht geben; durchaus nicht deswegen, weil Stalin ein Grußler und Litwinow ein Jude ist, nicht deswegen, weil die russische Emigration der Sowjetunion das Recht abpricht, Russland zu vertreten, sondern es gibt kein Russentum aus Gründen, die man in füher Erwägung analysieren und anerkennen muß, auch auf die Gefahr hin, eine peinliche Wahrheit einzugestellen. Es gibt kein Russentum, denn es existiert eine andere Idee, die das Russentum, die nationalen Gefühle und alles besiegt hat. Die einzige Nationalität, die in der Sowjetunion verfolgt wird, ist die russische; denn die einzige Sprache, die gelobt und verboten wird, ist die russische Sprache. Ganze soziale Gruppen, die sich der russischen Sprache bedienen, erzwingt man, andere Sprachen zu sprechen. Kinder von Leuten, die russisch sprechen, leitet man nach russischen Schulen zu. In Sowjetrußland sind nationale Fragen — Sprachenfragen. Die „Beziehung“ von kleineren, früher unterdrückten Völkern, die einen der interessantesten Prozesse des inneren sowjetrussischen Lebens darstellen, steht durchaus nicht im Zusammenhang mit der Entstehung irgendwelcher besonderer völkischer Kulturen. Es gibt nur eine Kultur, und das ist die russische. „Nationalistisch der Form nach, kommunistisch in der Wirklichkeit“ — sagte Stalin, und er lag nicht. In der inneren oder äußeren Politik der Sowjets hat nichts anderes Platz als der Kommunismus.

Vielleicht könnte jemand einwenden, daß es für Polen gleich bleiben sollte, ob der den „Angreifer“ bestimmende Pakt von einem das Russentum repräsentierenden Moskauer oder von einem Moskau organisierten wurde, der den Kommunismus repräsentiert. Es dürfte, könnte man sagen, genügen, daß eine gewisse politische Kraft hervorgetreten ist, die einen für uns bequemen taktischen Schritt getan hat. Dies ist aber nicht so einfach. Für uns ist es nicht gleichgültig, ob das Ziel dieses politischen Schrittes ein national-russisches oder ein kommunistisches ist. Ein national-russisches Ziel könnte für uns gefährlich werden. Der den Angreiferstaat bestimmende Pakt hat gezeigt, daß Sowjetrußland heute in Asien eine größere Bedeutung besitzt (?) als dies zur Zeit Alexanders III. der Fall war, in Europa vielleicht eine noch größere als zur Zeit Nikolaus I. Und schon diese Tatsache könnte in uns mit Rücksicht auf unsere nationale Rivalität mit den Russen große Befürchtungen wecken. Hier handelt es sich darum, daß alles, was der Kommunismus unternimmt, aggressiv ist. Daher sind die Begeisterungsansprüche über den friedlichen Charakter des letzten Erfolges des Herrn Litwinow fad und dum. Dieser Erfolg ist im höchsten Grade aggressiv, kriegerisch; etwas anderes kann es nicht sein.

Die Sowjets stellen eine große Organisation des jungen russischen Geschlechts dar, das an seine Mission der Befreiung des Proletariats und der Entfachung eines Brandes des Kommunismus glaubt. Der Diktator Russlands ist nicht Litwinow, sondern Stalin, und Stalin ist der Führer der Partei, der Führer der kommunistischen Idee. Hitler hat bei sich den Kommunismus liquidiert, der auf deutschem Boden es nicht vermocht hat, gegen ihn anzukämpfen. Hitler trat im Charakter eines unerbittlichen Gegners des Kommunismus auf. Daraufhin hat die Sowjetunion im Kampfe mit dem nationalsozialistischen Deutschland „Drahtzieher“ organisiert. Niemals und nirgends ist die Leninische Theorie von den „Drahtziehern“ in einer bedrohlicheren Form, in einem grelleren Licht, aber auch niemals und nirgends banaler, schablonenhafter und klassischer hervorgetreten. Derjenige, der meinen Feind bekämpft, derjenige, der aus anderen Gründen die Arbeit verrichtet, die uns notwendig ist, ist für den Bolschewisten ein „Trabant“ (russisch „Poputschik“). Wird der bestreichende Feind besiegt oder die Arbeit geleistet, so liquidiert man einfach diesen „Poputschik“. Dies gehört in Bolschiwien zu den Alltagsscheinungen.

Man ist daran gewöhnt, daß der Antriebsmotor in der Politik der Völker stets das Staatsinteresse ist und daher ist es schwer, in dem Erfolg Litwinows etwas mehr als den Erfolg eines Staates zu erblicken. Aber man muß bedenken, daß es in der Politik der Völker außer den Erscheinungen, die wir senkrecht nennen wollen, d. h. außer den Interessen und Antagonismen der Staaten wie Frankreich, England, Japan auch andere politische Erscheinungen gibt, die wir horizontal nennen möchten. Man kann damit einverstanden sein, daß in der letzten Zeit diese horizontalen politischen Erscheinungen nicht so stark hervorgetreten sind, daß nicht einmal die französische Revolution, die die größten Chancen hatte, in diesem Charakter hervorauftreten, sich schließlich in der Form von Aspirationen, Siegen und Niederlagen Frankreichs als Großmacht auflöste. Aber einst. Das Christentum war eine solche Kraft und zu jenen Zeiten war die Einteilung der Welt in eine christliche und nichtchristliche stärker als die Teilung in andere Gruppen. In der Epoche der Reformation war der Protestantismus ebenfalls eine solche Kraft und in gewissen Momenten gleich die Einteilung Europas in ein katholisches und nichtkatholisches wenigstens der Bedeutung der Einteilung in Staaten. So ist auch jetzt die kommunistische als eine üble zivilisationsfeindliche Kraft, aber immerhin als Idee von allen Merkmalen des Glaubens an diese horizontale Kraft. Und daher muß man verstehen, daß der letzte Erfolg Litwinows nicht allein einen Erfolg für Stalin, sondern ebenso für Fräulein X. in Lodz, irgend einen XY. in Rumänien, in der Tschechoslowakei, in Baran-

wieze, Lida usw. darstellt, wo immer bolschewistische Elemente sitzen.

Dass der Litwinow-Pakt so einseitig-freudig, so ohne jegliche Befürchtungen und mit solcher Kurzsichtigkeit von der gesamten polnischen Presse begrüßt worden ist, dürfte in der Einseitigkeit und Naivität zu suchen sein. Man war zunächst gebannt, von der uns angeblich drohenden deutschen Gefahr. Diese Leute haben irgend einen gedanklichen Knoten in Gdingen und Pommerellen, Sie vergessen, daß wir nicht allein Gdingen in Polen verteidigen müssen. Gdingen lastet auf ihren Gemütern mit allen Tonnen dieser Reichsfabrik, die sich dort befindet. Die Erklärung Hitlers und der Danziger Nationalsozialisten, der Besuch der Danziger Delegation in Warschau, ja noch mehr die österreichischen Fragen und die gegenwärtige Lage Deutschlands in Europa, alles dies hat es nicht vermocht, diese Leute davon zu überzeugen, daß Deutschland uns in diesem Augenblick nicht überfallen will und auch, was freilich am überzeugendsten sein dürfte, nicht kann. Gdingen ist nicht mehr aktuell bedroht als Baranowitschi, Lida und Wilna. Nicht zum ersten Male beobachtet man eine solche kollektive politische Psychose in Erwartung eines Angriffs. Als ich im Jahre 1931 in Bolschiwien war, war die polnische Politik nicht weniger deutschfeindlich als jetzt; nur daß sie viel mehr in Deutschland eine Begründung für gerade eine solche Richtung fand. Inzwischen rechneten alle in Sowjetrußland mit einem Angriff auf Polen, alle waren überzeugt, daß wir jeden Tag über Bolschiwien herfallen würden. Dieser Zustand der allgemeinen Erwartung des Angriffs war direkt ansteckend. Einiges Derartiges sieht man gegenwärtig in der polnischen Volkgemeinschaft. Wir fürchten uns, vollkommen unreal im gegenwärtigen Augenblick, vor einem Überfall Hitlers und sind bereit, jede politische Dummheit zu begehen, um uns gegen diesen Überfall zu sichern.

Der Eindruck, den auf die polnische Presse die Unterzeichnung des Paktes unter dem Kommando des Blatystoker Juden Litwinow ausgeübt hat, kann man nur mit den

besten Seufzern nach der „Rückkehr des Väterchen“ der belebten Warschauer vergleichen, die während der deutschen Okkupation in den Jahren 1915 und 1916burgern mußten(?) Unlängst konnte man in einer Zeitung lesen, daß die Sowjetunion „der leidenden Menschheit eine Kullaturmission bringen werde“.

Die Sowjetunion und Menschheit! Man muß hier die eigene Empörung zurückhalten. Als ich am 3. Mai in Moskau bei einem Empfang des Ministers Patel war und mich mit einem sowjetrussischen Würdenträger unterhielt, dem gegenüber ich meine Ansichten über gewisse positive Merkmale des sowjetrussischen Lebens äußerte, sagte mir dieser Würdenträger: Man darf uns nur nicht vom humanitären Gesichtspunkt aus betrachten. Die Menschheit, das ist Humanität, und die Humanität existiert in Sowjetrußland vielleicht nur deshalb, um sich an ihr zu weiden.“ Übrigens haben die Bolschewisten dies selbst ausdrücklich betont und schämen sich dessen nicht.

Der Artikel schließt mit der Versicherung, daß die Vorbehalte über die Freude, mit der die polnische Presse den Erfolg des Herrn Litwinow aufgenommen hat, von der ganzen Volkgemeinschaft in den Ostgebieten geteilt werden.

Die „Undo“ zur Lage in der Sowjetukraine.

Der Parteirat der ukrainischen Undo-Partei, der sich in außerordentlicher Sitzung mit der Lage in der Sowjetukraine befaßte, sagt in einer Entschließung u. a., daß der Kampf des ukrainischen Volkes gegen Sowjetrußland um seine Freiheit und Selbständigkeit fortgesetzt werde. Ukrainisches Schriftum und Wissenschaft würden dadurch verschärfzt, daß man sie durch Terror dem kommunistischen Internationalismus entstehen mache. National bewußte Elemente würden erschossen, gesangen gelehrt und verschleppt. Wirtschaftlich werde die Ukraine rücksichtslos ausgebunden, was schließlich zu einer furchtbaren Hungerkatastrophe geführt habe. Der Parteirat verurteilte diese Vernichtungs- und Ausrottungspolitik aufs entschiedenste und forderte die ukrainische Öffentlichkeit auf, sich der zerstörenden Verbretigkeits des Kommunismus zu widersetzen.

Rußland und der Ferne Osten.

Zu diesem höchst aktuellen und deshalb vielerorten Problem schreibt die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ u. a. was folgt:

„Japan hat seinen Krieg mit China mit dem Vorschlag beendet, einen „asiatischen Völkerbund“ ins Leben zu rufen. Diese Meldung ist als ein Versuch Japans zu verstehen, einen engen Staaten-Verband Ost- und Mittelasiens zu bilden, um in diesem Weltteil eine entscheidende Rolle zu spielen. Dieser Verband würde zunächst Japan, China, die Mandchurie und die Mongolei umfassen, d. h. sich auf eine bedeutend größere Fläche ausdehnen als sie ganz Europa aufweist (12 Millionen Quadratkilometer) und 500 Millionen Einwohner zählen. Die Modernisierung des Lebens und die Organisation der Arbeit auf diesem Gebiet würde ungeheure Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Entwicklung schaffen und müßte zur Verdrängung der wirtschaftlichen Einflüsse der europäischen Staaten, sowie der Vereinigten Staaten von Nordamerika führen. Daneben werde dieser Verband eine Reihe von bedeutenden Fragen politischer Natur aufwerfen. Man darf nicht vergessen, daß eine halbe Milliarde der asiatischen Bevölkerung sich unter der Herrschaft Europas und Amerikas befindet, und daß diese Bevölkerung ein japanisch-chinesisches Bündnis als Lösung zum Beginn von Befreiungsbemühungen betrachten wird. In diesem Augenblick sind alle Folgen der Modernisierung des Fernen Ostens schwer vorauszusehen. Sicher ist jedoch, daß sie ganz außerordentliche Schwierigkeiten für die Völker der weißen Rasse nach sich ziehen wird, die in Asien herrschen und daraus große wirtschaftliche Vorteile ziehen. Es darf nicht wundernehmen, daß das im gegenwärtigen Augenblick durch solche Änderungen am meisten bedrohte Russland neue Wege für seine Außenpolitik sucht und alles daran setzt, um sich den Frieden, sowie die Sicherheit im Westen zu erhalten.“

Deutschland soll Neu-Guinea zurückerobern...

Aus Melbourne (Australien) wird gemeldet:

Der katholische Erzbischof von Brisbane Wulig hat in einer Rede den Vorschlag gemacht, daß der frühere deutsche Kolonialbesitz Neu-Guinea, das jetzt ein australisches Mandat ist, an Deutschland zurückgegeben werde. Deutschland soll sich als Gegenleistung verpflichten, genügend Mannschaften und Schiffe für die Verteidigung Australiens zur Verfügung zu stellen. Der Erzbischof erklärte, daß man bald etwas tun müsse, um Australien für die weiße Rasse zu erhalten.

Dem Vorschlag des Erzbischofs ging eine Anregung des Dekans von Canterbury Dr. Johnson voraus, den tropischen Norden Australiens, den die Australier nicht selbst kolonisieren können, an Japan zu übergeben.

Der Weltmeister in der Einöde.

Über das Schicksal des amerikanischen Fliegers Mattern gibt die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion nunmehr nähere Einzelheiten bekannt:

Als Mattern am 14. Juni in Chabarowsk startete, nahm er nördlichen Kurs, mußte aber nach vierzehn Stunden, ununterbrochenem Flug wegen Heißlaufen des Motors zu einer Notlandung schreiten. Zwei Stunden lang suchte er nach einer geeigneten Landungsstelle und ging schließlich auf einer Tundra nieder, die mit großen Hügeln bedeckt war. Die Landungsstelle befindet sich über 100 Kilometer vom Dorf Anadyr und vier Kilometer vom Fluss Anadyr, auf dessen linkem Ufer. Bei der Landung wurde der Propeller verbogen und das Gestell zerbrochen, ebenso der rechte Flügel. Da auf dem Flugzeug noch genügend Brennstoffvorrat vorhanden war und die Steuereinrichtungen vollständig intakt waren, ist das Wirklein der Landung zweifellos auf die Unkenntnis des Terrains und die bereits in Chabarowsk festgestellte Ermüdung Matterns zurückzuführen.

Mattern, der, abgesehen von einer leichten Verlelung, vollkommen heil blieb, wanderte in der Hoffnung auf eine zufällige Begegnung acht Tage lang am Flussufer entlang und näherte sich von seinen mitgeführten Vorräten an Schokolade und Biskuits, die aber nur drei Tage vorhielten.

In der Folge hatte er große Schwierigkeiten mit der Beschaffung von etwas Essbarem. Zweimal sah er Kutter und Barken flussabwärts fahren, doch wurden seine Signale nicht bemerkt, weil er zu weit vom Ufer entfernt war. Am neunten Tage baute sich Mattern am Ufer eine Hütte, in der er weitere sechs Tage verbrachte.

Endlich am 29. Juni wurden seine Signale von zwei Barken bemerkt, und die auf den Booten befindlichen Tschuktschen brachten ihn in ihren 80 Kilometer von Anadyr entfernten Wohnsitz.

Dann schafften sie ihn zu den 20 Kilometer von Anadyr entfernten Fischer-Anlagen, wo sie auf die russischen Grenzwächter stießen, die auf ihrem Kutter ausgefahren waren, um Mattern zu suchen. Die Grenzwächter brachten ihn dann nach Anadyr, wo er sich vollständig erholt.

Von den Grenzwachmannschaften wurde hierauf eine Expedition zur Landungsstelle organisiert. Der Motor und die Steuereinrichtung wurden auf Weisung Matterns abgenommen; auf den Flugzeugtrümpf und die Benzintanks entschloß sich Mattern zu verzichten und ließ sie an Ort und Stelle zurück.

Am 8. Juli kehrte die Expedition wieder nach Anadyr zurück. Eine weitere Schwierigkeit ergab sich daraus, daß in Anadyr niemand Englisch spricht, so daß eine Verständigung mit Mattern kaum möglich war.

Das Hunnengrab bei Budweis.

Die Tel-Union meldet aus Prag:

In der Nähe von Budweis ist vor kurzem am Ufer der Moldau ein Fürstengrab aus dem 5. Jahrhundert nach Christi aufgefunden worden. Der Toten lag in einem Eisenkäfig mit dem Haupt gegen Osten; seine Waffen und Schädel lagen neben ihm. Zahlreiche Goldschmälen, Ringe, Goldplatten und goldene Trinkbecher befanden sich im Grab. Auch die Skelette der Reitpferde des verstorbenen Helden fanden sich in der Grabhöhle. Nach dem jetzigen Stand der wissenschaftlichen Arbeiten am Fundort

handelt es sich entweder um einen hunnischen Fürsten oder aber um einen vornehmen Herrn, der unter Hunnenherrschaft lebte.

Die Münzen und ein Teil der Waffen sind teils byzantinische, teils hunnische Arbeit. Auch die Skelette der Pferde verraten, daß es sich um Schlachttiere ganz kleiner Statur, wie sie die mongolischen und turkomanischen Krieger besaßen, handelt. Einige Gelehrte neigen der Auffassung zu, daß

das langgesuchte Grab Attilas, des mächtigen Hunnenkönigs,

gefunden worden sei, der das ganze Donautal und auch das Tal der Moldau erobert hatte. Der Sarg aus Eisen unterstützt die Meinung, da nach einer alten Kirchenchronik die sterblichen Überreste des Königs Attila aus der Nibelungenage in einem eisernen Sarg mitteilen in einem Fluss versenkt worden seien. Es ist aber sehr gut möglich, daß sich die Moldau im Laufe der vergangenen 1500 Jahre ein neues Flussbett gegraben hätte und die Stelle am Ufer, an der jetzt das Fürstengrab gefunden wurde, früher Flussboden war. In archäologischen Kreisen steht man der These des Rätsels mit um so größerer Spannung entgegen, da im nächsten Jahre die den Hunnen verwandten Völker, die Ungarn, Türken und Afghane das 1500jährige Jubiläum der „Thronbesteigung der Geisel Gottes“ feiern werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Kampf um die Goldwährung.

Die Konferenz, zu der sich am 8. Juli die Vertreter des europäischen Goldblocks — Frankreich, Holland, Schweiz, Italien, Belgien und Polen — in den Räumen der Bank von Frankreich versammelten, hat, was bei internationalen Konferenzen nicht oft vorkommt, mit volliger Übereinstimmung geendet. Das kurze Communiqué, das zum Schluß der Konferenz ausgegeben wurde, läßt klar erkennen, daß bei allen Beteiligten der Wunsch herrscht, über Erklärungen und Beteuerungen hinaus zu Taten zu schreiten. Und das ist wichtig, denn Erklärungen allein, auch wenn sie die besten Unterdriften tragen, genügen heute nicht mehr, um das Vertrauen wiederherzustellen. Man erinnert sich noch sehr gut an die im Vorjahr in Basel abgegebenen schriftlichen Erklärungen der Notebanken und Gouvernements, die einschließlich der Leiter der Bank von England und der amerikanischen Bundes-Reserve-Bank die schnellste Rückkehr zum Goldstandard empfahlen. Diese Dokumente zieren heute die Archive der B.Z. in Basel.

Der Pariser Korrespondent der "Börsischen Zeitung" schreibt in diesem Zusammenhang über das Problem des Kampfes Frankreichs um die Erhaltung der Goldwährung seinem Blatte folgendes:

Die Bank von Frankreich hat sich an die Spitze des europäischen Goldblocks gestellt. Sie ist von dem festen Willen beseelt, den Goldstandard zu halten, wenn sie sich auch im Klaren darüber ist, daß dies keine leichte Aufgabe ist. Man muß dabei jüngst zwischen den Banken in den und wirtschaftlich politischen Seiten dieser Aufgabe unterscheiden. Kein banktechnisch ergeben sich keine Schwierigkeiten. Die metallischen Reserven des französischen Noteninstituts genügen zur Abwehr stärkster Angriffe; mit England ist eine Devisenregulierung vereinbart worden; das Vertrauen des französischen Publikums zu den Banken und der Währung ist groß. Das erste Halbjahr 1933 steht im Zeichen machender Depositen und starke Abnahme der inneren Goldhortung. Daß die Pariser Börse in den letzten Tagen eine starke Aufwärtbewegung nahm, braucht nicht durch "Inflation" erklärt zu werden. Es genügt ein Hinweis auf die großen Käufe für ausländische Rechnung infolge Dollarflucht und Guldeninvestitionen, auf die Geldflüssigkeit der Pariser Banken. Mit der Position des Franken hat die Börsenhause nicht das geringste zu tun. Weniger günstig sieht natürlich die wirtschaftlich-politische Seite der Bilanz aus, da gegenüber so mächtigen Abnehmern und gleichzeitigen Konkurrenten, wie es Amerika und das englische Weltreich sind, die notwendige Revision der französischen Gegenwartspreise immer schwieriger wird. Man darf aber auch nicht übersehen, daß die Entwertung einer schon einmal auf ein Fünftel der Vorkriegsparität herabgesetzten Währung eine Katastrope bedeuten würde, gegen die die jetzigen wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten federleicht wiegen.

Das Communiqué der Sonnabendssitzung besagt, daß man sich über die Grundsätze der technischen Aktion geeinigt habe und daß die Einzelheiten in einer späteren Sitzung — vermutlich am 24. Juli in Basel — geregelt werden. Was ist nun unter der technischen Aktion zu verstehen?

Die Pläne werden streng geheim gehalten, um der Gold- und Devisenspekulation keine wirkliche Waffe zu geben. Aber aus Gesprächen mit führenden Verantwortlichen der Pariser Banken kann man entnehmen, daß es sich in der Haupttheorie um eine Zusammenarbeit handelt, wie sie seit langem z. B. zwischen der Reichsbank und der Bank von Frankreich besteht. Es werden sicherlich keine Operationen großen Stils ausgeführt werden, denn die Bank von Frankreich vertritt heute den Standpunkt, daß eine derartige Politik währungspolitischen Zwecken mehr schaden als nützen kann. Das will aber nicht bedeuten, daß nicht hin und wieder für Währungen, die heftig angegriffen werden, kurzfristige Gold- oder Devisenkredite gegeben werden, sofern sie verlangt werden. Ein weiteres Ziel ist, die Kontrolle über die Gold- und Devisenbewegungen wieder stärker in die Hand der Notenbanken zu legen. Selbstverständlich wird man die private Arbitrage, solange es einen freien Gold- und Devisenverkehr gibt, nicht aufzuhalten, aber man wird durch konzentrische Aufnahme überraschender Devisenboten, die auf Spekulationsmänter zurückzuführen sind, die Gefahr eindämmen. Ausgeschlossen bleibt die Erneuerung der Golddevisenwährung, obwohl dieses System durch die Interventionsmöglichkeit mittels großer Devisenbestände an Auslandsplätzen eine bedeutende Elastizität besitzt. Aber die Erfahrungen, die die Notenbanken — Frankreich, Holland usw. — bei der Pfundentwertung mit ihren Sterlingbeständen gemacht haben, lassen es als sicher erscheinen, daß für den Arbitrageverkehr auch in Zukunft nicht die Golddevisen, sondern das effektive Gold die Grundlage bilden wird. Die Bildung eines gemeinsamen Devisenfonds ist unwahrscheinlich, sie dürfte zum mindesten in weiter Ferne liegen.

Die Hauptjögen des Goldblocks dürfen in der nächsten Zeit den holländischen Gulden und dem schweizerischen Franken gelten, wenn auch diese Währungen heute ihre Goldparität wieder erreicht haben. Aber die Gefahr ist damit nicht ausgeschaltet. Die Niederländische Staatsbank hat in den letzten Wochen nicht immer geschickt operiert. Wenn man beim Goldstandard verharzt, muß man diese Politik auch konsequent durchführen, d. h. den Kauf und Verkauf von Gold nicht hemmen. So hat aber die Niederländische Bank durch mancherlei Maßnahmen — einmal wurden nur Goldbarren, dann wieder Goldmünzen abgegeben, dann die Zeiten des Goldverkaufs beschränkt — eine nervöse Stimmung selbst hervorgerufen. Ferner darf man nicht vergessen, daß man sich in Holland über die Aufrechterhaltung des Goldstandards bei weitem nicht so einig ist wie in Frankreich. Die Erfahrungen Sir Henry Deterding's und die Wünsche mancher Kolonialmagnaten, die im Fernen Osten schwer gegen die japanische Konkurrenz zu kämpfen haben, fallen ins Gewicht.

Zinshöhe und Zinsmoral.

Von besonders geschrägter Seite erhalten wir aus unserem Leserkreise folgende Zuschrift:

Der Artikel in der Wirtschaftlichen Rundschau der "Deutschen Rundschau", Nr. 182 vom 10. Juni, "Ein Schlag gegen das Kreditsystem", kann von Seiten der Geldnehmer nicht unerwidert bleiben. Zuerst muß gesagt werden, daß das Zwangsmoratorium und die Herabsetzung der Zinsen durch die Regierung sehr zu begrüßen sind. Zu bedauern ist es nur, daß das Gesetz nicht durchgreifender gezaubert wurde, auch für die öffentlichen Geldinstitute. Es ist immer schmerzloser, wenn dem Hund der Schwanz auf einmal kopiert wird, als wenn alle paar Tage ein Stückchen heruntergeschlagen wird. Denn daß es mit den bisherigen Maßnahmen nicht genug ist, daß vielmehr weitere Opfer der Geldgeber notwendig sind, um die Wirtschaft zu retten, ist jedem Kenner der wirtschaftlichen Lage klar. Wenn der Verfasser des Auflasses vielleicht als Vergleich den österreichischen Staat heranzieht, so wird ihm nicht unbekannt sein, daß die Österreichische Regierung seit längerer Zeit Gesetze nur unter dem Druck der Geldgeber machen kann. Wenn der Verfasser auf die moralische Seite des Zinsproblems hinweist, so muß entgegnet werden, daß gerade der Geldgeber durch die verlangten untragbaren Zinsen die Moral zerstört hat. Es sind die hohen Zinsen weiter verlangt worden, nachdem die Produkte längst um 1/2 bis 2/3 im Wert gesunken waren. Wenn man aber die Erfüllung eines Vertrages verlangt, der infolge der wirtschaftlichen Not nicht mehr eingehalten werden kann, so handelt man gegen Treu und Glauben und zerstört die Vertragstreue.

Der Verfasser bezeichnet als "völlig verfehlt" den zwangsläufigen und allgemeinen Charakter des Moratoriums. Das heißt mit anderen Worten: der Verfasser verlangt, daß der Geldnehmer aus Prestige-Rücksichten auch sein Letztes geben soll, selbst wenn seine Existenz dadurch vernichtet wird. Und weiter der Hinweis auf die Entwertung des Dollars. Wer hat denn die Eintragung und Zahlung auf Dollarwährung verlangt? Doch nur der Geldgeber, der zur Inlandswährung kein Vertrauen hatte. Und nun, da sein "König Dollar" entthront ist, soll der Geldnehmer den Schaden tragen. Ist das gerecht? Man sollte von dieser Seite doch lieber nicht von Verstößen gegen kaufmännische Moral und gute Sitten sprechen.

Sind die Bucherzinsen der letzten Jahre etwa "moralisch" gewesen? Der nur etwas denkende Geldgeber muß sich doch gesagt haben, daß er nicht lange so hohe Zinsen erhalten könnte, wenn er die sterbende Wirtschaft sah. Es wird sich daran gewöhnen müssen, wieder mit 3—4% Zinsen zufrieden zu sein. Und er sollte jede Maßnahme dankbar begrüßen, die ihm sein Kapital rettet, das er übrigens, selbst nach Abzug eines normalen Kapitals, in wenigen Jahren verdoppeln konnte.

Londoner Schwanengesang.

Absichten der Weltwirtschaftskonferenz für die letzten beiden Wochen.

Die Weltwirtschaftskonferenz wird noch 14 Tage "arbeiten", dann aber am 26. Juli etwa, wie man in London beschönigend sagt, in die Ferien gehen. Ob das eine Vertragsung auf unbestimmte Zeit wird, oder ob man vielleicht im Herbst noch einmal versucht, den riesigen Konferenzapparat in Gang zu bringen, weiß heute noch niemand. Übrigens wird man voraussichtlich, wenn überhaupt, dann nicht in London wieder zusammenkommen, sondern in Genf.

Inzwischen hat man mit einer Mühe ein Arbeitsprogramm für die letzten beiden Wochen aufgestellt, dem aber offenbar von den Rätselbeteiligten selbst keine allzu große Bedeutung beigegeben wird, denn die meisten der leitenden Delegierten verlassen in diesen Tagen London.

In einigen Unterkommissionen wird von Sachverständigen und anderen Regierungsvertretern, deren Befugnis in solchen Fällen immer die Ausarbeitung von "Empfehlungen" ist, niemals aber bindende Beschlusffassung, der Schein des Konferenzdaseins noch aufrecht erhalten werden. Über Währungsfragen wird man nicht mehr sprechen. Das hat Herr Roosevelt mit seiner Politik unmöglich gemacht, und die Goldblöckländer haben sich als stark genug erwiesen, die Verschiebung der Diskussion auf ein dem amerikanischen Präsidenten angenehmes Gleis zu verhindern.

So wird man sich in erster Linie über die Frage der internationale Verpflichtung unterhalten. Mit welchem Ziel und in welcher Absicht, ist nicht recht ersichtlich. Es ist auch kaum Neues zu diesem Problem noch zu sagen. Eine fälschliche Vereinigung der Schuldenstitution ist aber ohne Regelung der Fragen des durch viele Maßnahmen gehemmten Güterverkehrs von Land zu Land gar nicht möglich. Wie und ob man diese Kernfragen noch anfangen wird, ist vorläufig nicht zu übersehen. Es ist nicht einmal sicher, daß der für die Dauer der Konferenz vereinbarte Bollwaffentilstand, der am 31. Juli von den beteiligten Ländern gekündigt werden kann, erneuert wird. Läßt man ihn ablaufen, dann ist bei der grundlegenden handelspolitischen Einstellung verschiedener der hauptbeteiligten Staaten mit einem

neuen Chaos auf handelspolitischem Gebiete zu rechnen.

Eine andere Unterkommission wird sich mit einer bereits ausgearbeiteten Resolution über die Zusammenarbeit der Zentralbanken und die Schaffung von Notenbanken in den Ländern, in denen sie noch nicht bestehen, beschäftigen. Ferner hat man ihr eine Erörterung der Frage der Remonetarisierung des Silbers übertragen, nach allgemeiner Ansicht, mit Ausnahme der Amerikaner, zur Zeit eine völlig aussichtslose Angelegenheit.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Politi" für den 14. Juli auf 5,9244 Gold festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Politi beträgt 6% der Lombardzins 7%.

Der Gold am 13. Juli. Danzig: Ueberweitung 57,49, bar 57,60, bat 57,49—57,61. Berlin: Ueberweitung 46,90—47,30, Wien: Ueberweitung 78,75. Brag: Ueberweitung 383,00, Zürich: Ueberweitung 57,65, London: Ueberweitung 29,75.

Wardauer Börse vom 13. Juli. Umsatz, Verkauf — Kauf, Belgien 124,75, 125,06—124,44. Belgrad — Budapest — Buarest — Danzig — Helsinki — Spanien — Holland 360,90, 361,80—360,00. Japan — Konstantinopel — Kopenhagen — London 29,80, 29,95—29,65. New York 6,20, 6,24—6,16. Oslo — Paris 35,01, 35,10—34,92. Prag 26,53, 26,59—26,47. Riga — Sofia — Stockholm 153,85, 154,60—153,10. Schweiz 173,25, 173,68—172,82. Tallinn — Wien — Italien 47,55, 47,78—47,32. Freihandelsturs der Reichsmark 213,40.

Berliner Devisenturz.

Offizielle Distanz	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	Im Reichsmark		Im Reichsmark	
		13. Juli	Geld	12. Juli	Geld
2,5%	1 Amerika	2,927	2,933	2,987	2,993
2%	1 England	13,97	14,01	13,93	13,97
2,5%	100 Holland	16,43	169,77	169,53	169,87
9%	1 Argentinien	0,928	0,932	0,928	0,932
4%	100 Norwegen	70,18	70,32	70,03	70,17
4%	100 Dänemark	62,44	62,56	62,24	62,36
6,5%	100 Island	63,19	63,31	62,94	63,06
3,5%	100 Schweden	72,18	72,23	71,93	71,97
3,5%	100 Belgien	58,54	58,66	58,54	58,66
4%	100 Italien	22,23	22,27	22,28	22,32
2,2%	100 Frankreich	16,42	16,46	16,42	16,46
2%	100 Schweiz	81,32	81,49	81,32	81,48
6,5%	100 Spanien	35,08	35,16	35,11	35,19
5,84%	1 Brasilien	0,234	0,236	0,234	0,236
—	1 Japan	0,874	0,876	0,869	0,871
—	1 Kanada	1,807	2,813	3,837	3,843
—	1 Uruguay	1,449	1,451	1,449	1,451
4,5%	100 Tschechoslowak.	12,54	12,58	12,54	12,56
6,5%	100 Finnland	6,184	6,196	6,174	6,186
5,5%	100 Estland	—	—	—	—
6%	100 Lettland	73,18	73,32	73,18	73,32
6,5%	100 Portugal	12,71	12,73	12,67	12,69
7,5%	100 Bulgarien	3,047	3,053	3,047	3,053
7,5%	100 Jugoslawien	5,195	5,205	5,195	5,205
6%	100 Österreich	46,95	47,05	46,95	47,05
6%	100 Ungarn	—	—	—	—
3%	100 Danzig	81,67	81,83	81,72	81,88
9%	1 Türkei	1,998	2,002	1,998	2,002
11%	100 Griechenland	2,498	2,492	2,408	2,412
7%	1 Kairo	14,35	14,39	14,31	14,35
—	100 Rumänien	2,488	2,492	2,488	2,492
—	Wardau	47,10	47,30	47,10	47,30

Die Bank Politi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 6,10, bl. do. fl. Scheine —, bl. 1 Pf. Sterling 29,55, bl. 100 Schweizer Franken 172,57, bl. 100 franz. Franken 34,87, bl. 100 deutsche Mark 208,00, bl. 100 Danziger Gulden 173,12, bl. 100. österr. Krone —, bl. 100. österr. Schilling —, bl. 100. holländischer Gulden —, bl. 100. belgischer Franc —.

Produktentwertung.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörsen Wardau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 3. bis 9. Juli 1933 wie folgt (für 100 kg in Gold):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				